

# Der Deutsche Metallarbeiter.

## Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 M.  
Postzeitungsliste Nr. 1944 a.  
Anzeigenpreis die gespaltene Petitzeile 40 Pfg.  
Telephon Nr. 685

Schriftleitung:  
Duisburg, Seitenstraße 19.  
Schluß der Redaktion: Dienstag  
mittags 12 Uhr.  
Zuschriften, Abonnementsbestellungen  
u. s. sind an die Geschäftsstelle Seiten-  
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

### VI. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

#### III.

„Die gewerkschaftliche Agitation unter den Arbeiterinnen“ war das letzte Thema, welches zur Verhandlung stand. Das Referat hatte Kollege Köhling-Düsseldorf, Textilarbeiter, als Korreferent in Fräulein Behm-Berlin, Heimarbeiterin.

Der Referent betonte die Notwendigkeit einer intensiveren Agitation unter den Arbeiterinnen und wies auf die fortwährende Steigerung der erwerbstätigen weiblichen Personen hin. Nach der Gewerbe-zählung vom Jahre 1895 waren außer 1313 957 weiblichen Dienstboten 5264 393 weibliche Personen erwerbstätig, davon waren im Jahre 1904 organisiert in den freien Gewerkschaften 60—70 000, den christlichen Gewerkschaften 12 000, den Hirsch-Dun-kerischen 10 000, in der Gesamtheit zirka 90 000 or-ganisierte Arbeiterinnen. Diese Zahl ist aber zur Gesamtzahl sehr gering.

Es sei eine stets wiederkehrende Klage der organisierten Arbeiter, daß es sehr schwer oder in manchen Fällen unmöglich sei, die Kolleginnen für die Organisation zu gewinnen. Unbillig sei es, diese Erscheinung einfach auf das Fehlen des Mangels von Interesse der Arbeiterinnen für ernstere Bestrebungen zu setzen. Wenn jedoch ein mangelndes Verständnis vorhanden sei, so seien daran auch die männlichen Kollegen schuld, die die Arbeiterinnen vielfach als eine „quantité négligeable“ betrachteten. Wer die Arbeiterinnen für ernste Fragen gewinnen wolle, der müsse ihnen auch mit Ernst begegnen. Ueberhaupt müsse die gewerkschaftliche Agitation dem Charakter der Frau angepaßt werden. Lasse es sich ermöglichen, so übertrage man die Agitation für die Versamm-lungen am besten weiblichen Personen. Ebenso solle man, wenn möglich, in der Versammlung die Ar-beiterin zur Arbeiterin sprechen lassen. Eine wei-tere Schwierigkeit sei der Umstand, daß manche Ar-beiterin durch die Aussicht auf Heirat von dem Ein-tritt in die Organisation abgehalten werde. Als die wirksamste Agitation halte er die Hausagitation. Weiter erörterte der Redner die Vor- und Nach-teile der verschiedenen Organisationsformen — ge-mischte Organisationen, in denen Frauen und Män-ner zusammen sind, und Nur-Frauenorganisationen. „Die Organisierung der Arbeiterinnen“ so schloß der Redner, „ist schwierig, aber durchaus nicht un-möglich, das beweisen schon unsere bisherigen Er-folge. Aber die Verhältnisse der Arbeiterinnen be-dingen außergewöhnliche Mittel. Möchten die Ver-handlungen auf diesem Kongresse uns ein tüchtiges Stück in dieser Frage vorwärts bringen, indem wir das Feld erforschen und sondieren, um dann mit neuem Mut und mit größerem Erfolge zu arbeiten an der Organisierung der Arbeiterinnen.“

Korreferentin Fräulein Behm-Berlin bezeich-nete als den erfolgversprechendsten Weg, den der Hausagitation, das Werben von Person zu Person. In erster Linie sei diese durch die Berufsgenossin zu betreiben, von denen immer mehr Persönlich-keiten agitatorisch geschult und für die Werbearbeit in den einzelnen Bezirken freigestellt werden müs-sen. In zweiter Linie müßten auch die männlichen Kollegen diese Werbearbeit betreiben, und zwar be-sonders da, wo es sich um Gewinnung der Ar-beiterinnen für eine „gemischte“ Organisation han-delt. In dritter Linie seien für die Werbearbeit auch Frauen anderer Stände zu verwenden, vor-ausgesetzt, daß sie das notwendige sozialpolitische Verständnis und ehrliche Liebe zum Arbeiterstand be-säßen. Empfehlenswert sei auch die sogenannte Be-

triebsorganisation, deren Leitung in Betrieben mit gemischter Arbeiterschaft in den Händen eines er-fahrenen Kollegen, in Betrieben mit rein weiblicher Arbeiterschaft, in denen einer älteren erfahrenen Kollegin liegen müsse. Ab und zu sei auch der Weg der Ortsagitation durch Veranstaltung gemein-samer öffentlicher Versammlungen zu beschreiten. Als Vorarbeit für die gewerkschaftliche Organisation aller Arbeiterinnen, besonders aber der jugendlichen, empfehle sich ihre Sammlung in konfessionellen Ar-beiterinnenvereine unter der Mithilfe von Frauen anderer Stände. Diese konfessionellen Arbeiterinnen-vereine sollten nicht nur in der religiös-sittlichen Förderung der Arbeiterinnen sich betätigen, sondern die Arbeiterinnen auch zur Wahrung ihrer Berufs-interessen zum Eintritt in die christliche Gewerk-schaftsbewegung rufen machen. „Allmählich“ so schloß die Rednerin, „vollzieht sich bei den Frauen ein Wandel in der Anschauung. Ich wünsche meinem deutschen Vaterland nicht Frauen und Mütter, die die Prinzipien der freien Gewerkschaften zu den ihren machen.“

Auch an diese Referate schloß sich eine längere Diskussion, an welcher sich auch zwei weibliche Mit-glieder vom Vorstande des Gewerbevereins der Heim-arbeiterinnen beteiligten.

Folgende Resolution wurde angenommen:

I. „Der VI. Kongreß der christlichen Gewerk-schaften Deutschlands konstatiert mit Bedauern die Tatsache, daß die vom Arbeiterkongreß zu Frankfurt a. M. 1903 aufgestellte Forderung betr. Schaffung eines einheitlichen und freiheitlichen Versammlungs-rechtes für das ganze Reich an Stelle der einzel-staatlichen Vereinsgesetze seitens der Gesetzgebung bis-her noch nicht erfüllt ist. Indem der VI. christliche Gewerkschafts-Kongreß diese Forderung ausdrücklich zu der seinen macht, richtet er an die gesetzgebenden Körperschaften des Reichs insbesondere den Appell, das Vereins- und Versammlungsrecht, so zu gestal-ten, daß den Frauen (Arbeiterinnen) die Beteilig-ung an sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Be-strebungen unbehindert ermöglicht wird.“

II. „In anbetracht dessen, daß die Organisie-rung der Arbeiterinnen für die Durchführung der gewerkschaftlichen Bestrebungen von der größten Be-deutung ist, empfiehlt der Kongreß:

1) daß in denjenigen Industrien, welche mit weiblichen Arbeitskräften zu rechnen haben, eine intensive und planmäßige Agitation unter den Ar-beiterinnen entfaltet werden möge.

Da sich die gewöhnlichen Agitationsversam-mlungen als wenig geeignet für die Heranziehung der Arbeiterinnen erwiesen haben, empfiehlt der Kongreß vor allem die Hausagitation. Ferner die Abhaltung besonderer Agitationsversammlungen und Werkstattbesprechungen für die Arbeiterinnen, um deren Verständnis und Interesse für die gewerkschaft-lichen Bestrebungen zu wecken und dauernd rege zu erhalten.

2) Um eine intensive und planmäßige Agita-tion unter den Arbeiterinnen zu ermöglichen, ist die Heranbildung und Schulung weiblicher Agita-tionskräfte sowie die Anstellung von Beamtinnen nach Möglichkeit zu fördern.

Mehr noch als für die männlichen Arbeiter hält der Kongreß ein harmonisches Zusammenwirken zwi-schen den konfessionellen Arbeiterinnenvereinen und den christlichen Gewerkschaften für geboten, damit den Arbeiterinnen in der konfessionellen Vereinig-ung der religiös-sittliche Fort und in der Gewerk-schaft der nötige wirtschaftliche Gehalt zuteil werde.

Von allen christlich organisierten männlichen Arbeitern erwartet der Kongreß, daß sie es als ihre ernste und wichtige Aufgabe betrachten, ihre erwerbstätigen weiblichen Familienangehörigen den christlichen Gewerkschaften zuzuführen.“

Die dritte in der Heimarbeiterinnenfrage an-genommene Frage verlangt, daß in Industriegenden mit weiblicher Arbeiterbevölkerung Kommissionen mit männlichen und weiblichen Sachverständigen gebildet werden, die ihre Beobachtungen und Meinungen aus-tauschen und auf Grund dieser Vorschläge für die einzelnen Gewerbe und Gewerbebezirke ausarbeiten und festlegen.

Es folgte noch Erledigung einer Reihe Anträge.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung beantragt der christlich-soziale Tabakarbeiterverband (Zahlstelle Aufschloß) Der Kongreß wolle beschließen, daß zu-nächst eine tüchtige Arbeitersekretärin ausgebildet und auf dem Kölner Sekretariat angestellt werde. Diefelbe solle zeitweise in den verschiedensten Bezirken, in denen größere Massen organisationsfähiger Ar-beiterinnen in Betracht kommen, agitatorisch tätig sein.

Ein Antrag des Vorstandes des Zentralverban-des christlicher Hilfs- und Transportarbeiter betrifft die lokalen Arbeitsnachweise. Beide Anträge werden dem Ausschuß zur Erwägung überwiesen.

Angenommen werden ferner: Der Antrag des Ortskartells Essen betreffend den Kampf gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, und der Antrag des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bau-Bauhilfsarbeiter (Zahlstelle Görlich), der Kongreß stelle an die einzelnen Staatsregierungen das Ersuchen, es möchten die Gewerbeinspektionsberichte zu einem billigeren Preise an die Arbeiter verabsolgt werden.

Damit hatten die Verhandlungen des Kongresses ihr Ende erreicht. Der Vorsitzende Wiebeberg-Berlin dankte in seinem Schlußwort allen, die den Kon-greß so erfolgreich gestaltet haben, den Referenten, den Vertretern der Behörden und dem Breslauer Ortskartell. Jeder, der an den Verhandlungen teil-genommen habe, werde die Ueberzeugung mitgenom-men haben, daß die christliche Gewerkschaftsbeweg-ung von keinem Sturme mehr weggesegt werden könne.

Mit einem Hoch auf die christliche Gewerk-schaftsbewegung wurde der Kongreß geschlossen.

Es folgte im Anschluß an den Kongreß die Ge-neralversammlung des Gesamtverbandes. Diefelbe tagte ebenfalls öffentlich. Der Generalsekretär Ste-gerwald gab den Geschäfts- und Kassenbericht.

Eine Reihe Anträge fanden sodann noch ihre Erledigung: Antrag des Vorstandes des Gesamt-verbandes. Den § 8 des Statuts dahin abzuändern, daß der Jahresbeitrag für männliche Mitglieder für die Folge 20, für die weiblichen Mitglieder 10 Pfg. beträgt. Der Antrag wird angenommen.

Antrag des Ortskartells Freiburg: Das Zen-tralblatt ist acht-tägig herauszugeben. Der Antrag wird abgelehnt.

Antrag der Schlesiens Agitationskommission (Ortskartelle Breslau, Bromberg, Gnesen, Glogau, Görlich, Kattowitz, Reife, Neustadt O. S. und Posen). Der Gesamtverband möge den Zahlstellen in den polnischen Sprachgebieten kleinere aufklärende Bro-schüren über die christlichen Gewerkschaften, zur Agitation zu billigen Preisen zur Verfügung stellen. Der Antrag wird nach längerer Debatte dem Vor-stand zur möglichst schnellen Erledigung über-wiesen.

Ebenso werden eine Reihe Anträge betreffs An-stellung von Bezirksbeamten, dem Vorstand über-wiesen.

Es folgte Wahl des Ausschusses. Es wurden gewählt: Bergarbeiter: Köster, Behrens, Effert; Textilarbeiter: Schiffer-Düsseldorf, Sistenh-Nachen, und Beschäftigte; Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter: Wiedeberg-Berlin, Schmidt-Bodum, Brünge-Köln; Metallarbeiter: Wieber-Duisburg, Klost-Essen; Holzarbeiter: Kurtzweid-Köln; Hilfs- und Transportarbeiter: Oswald-Mecklenburg; Keramikarbeiter: Lechner-Köln; Heimarbeiterrinnen: Fräulein Behm-Berlin; Tabakarbeiter: Cammann-Nees a. Rh.; Schuh- und Lederarbeiter: Johann Meyer-Pirmasens; Schneider: Schwarzmann-Köln; Maler und Ausstreicher: Meicher-Düsseldorf; Graphische Berufe: Schwarz-Köln; Bäcker und Konditoren: Schmitz-Düsseldorf; Krankenpfleger: Streiter-Berlin.

Nach einem kurzen Schlusswort des Vorsitzenden des Ausschusses des Gesamtverbandes, Kollegen Schiffer, wurde die Generalversammlung geschlossen. Damit hatten die Tage von Breslau ihr Ende erreicht. Nicht bloß die Teilnehmer, sondern die ganze christliche Gewerkschaftsbewegung kann mit Stolz und Zufriedenheit auf diesen Kongress zurückblicken. Möge jetzt überall durch erhöhten Eifer und Agitationsstätigkeit die Früchte der Breslauer Tagung zur Reife gebracht werden.

**Ausländische Arbeiter.**

Für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft im Allgemeinen, wie auch für die christliche Gewerkschaftsbewegung im Besonderen, ist in der letzten Zeit die Frage der ausländischen Arbeiter besonders aktuell geworden. Die Heranziehung von ausländischen Arbeitermassen überhaupt, noch mehr aber das kuriose, widerspruchsvolle Verhalten der Behörden gegenüber einem Teil der ausländischen Arbeiter lassen eine Aufstellung von festen Grundsätzen in dieser Angelegenheit als unbedingt wünschenswert erscheinen. Verschiedene Vorurteile der letzten Zeit haben deutlich bewiesen, daß die ausländischen Arbeiter mit zweierlei Maß gemessen werden. Diejenigen unter denselben, die sich willig als Lohnbrüder gebrauchen lassen, bleiben in der Regel ungeschoren, erkennen andererseits aber ausländische Arbeiter ihre Pflichten gegen ihre Klasse, streben sie mit ihren einheimischen Kollegen eine Besserstellung ihrer wirtschaftlichen Lage an, dann haben sie sich sehr oft der zärtlichsten „Fürsorge“ von Seiten der Behörden zu erfreuen.

Im nachfolgendem soll kurz eingegangen werden auf die Ursachen der ausländischen Arbeiterfrage, wie auch auf das widerspruchsvolle Verhalten so mancher Behörden in dieser Angelegenheit.

Gründe zweifacher Natur sind in der Hauptsache maßgebend für die Verwendung ausländischer Arbeitskräfte in unserer heimischen Produktion. Der erste Grund, der aber heute zweifellos an Stabilität verloren hat, liegt in dem wirklichen Mangel an Arbeitskräften. Es hat unstrittig eine Zeit gegeben, in der die mächtig emporstrebende Industrie ihren Bedarf an Arbeitskräften nicht allein auf dem heimischen Markt decken konnte, in der somit die Herbeischaffung von fremder Arbeitshilfe für die Entwicklung und Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der nationalen Produktion als berechtigt erscheinen konnte. Heute aber, nachdem die Industrie konsolidiert, nachdem die Entwicklung in ruhigere Bahnen gedrängt worden ist, trifft obiger Grund jedenfalls nur in sehr minimaler Maße zu. Wenn heute trotzdem noch fortwährend fremde Arbeitskräfte herangezogen werden, so liegt der tiefere Grund dafür auf einem anderen Gebiete: man sucht die emporstrebende, um Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage kämpfende deutsche Arbeiterschaft durch Überflutung des Arbeitsmarktes niederzuhalten; die ausländischen Arbeiter werden als Lohnbrüder benutzt. Bei den letzten großen wirtschaftlichen Kämpfen haben wir zu Genüge diese Tatsache beobachten können. Während und nach dem großen Streit der Ruhrbergleute machten die Agenten des Grubekapitals verzweifelte Anstrengungen, um durch Heranziehung von fremden Kräften die Bestrebungen der kämpfenden Bergleute illusorisch zu machen. Bei der großen Anspannung im Baugewerbe hat man ebenfalls auf Seiten des Unternehmertums weder Mühe noch Geld gescheut, um „weniger anspruchsvolle“ Arbeitskräfte, besonders aus Holland, Belgien und Italien herüber zu locken.

Als nach Beendigung des Bergarbeiterstreiks in Mißkredit gekommene Bergleute in Scharen von Grube zu Grube liefen, um Arbeit zu erhalten, tönte ihnen stets das stereotype „Alles belegt“ entgegen, während andererseits nicht ohne Erfolg die Agenten noch fortwährend ausländische Arbeitskräfte herbeizuholen versuchten. Also, der hauptsächlichste und zugleich verwerfliche Grund für die Importierung fremder Arbeitskräfte ist der: die berechtigten Bestrebungen der einheimischen Arbeiterschaft niederzuhalten.

Wollen wir unsere Stellung gegenüber der Frage der ausländischen Arbeiter präzisieren, so ist dieselbe folgende: Werden ausländische Arbeiter herangezogen, ohne daß dies als im Interesse der Industrie und im Interesse der gesamten Volkswirtschaft dringend notwendig erscheint, so verurteilen wir dies ganz entschieden. Es kann keinesfalls als im Interesse des Gesamtvolkes liegend betrachtet werden, wenn auf eine solche Art die berechtigten Bestrebungen unseres Standes niedergehalten werden, wenn uns auf diese Weise unmöglich gemacht wird, den uns zustehenden Anteil an der Produktion zu erringen. Zum allermindesten müssen wir es aber, wie schon auf dem Breslauer Kongress betont wurde, ganz entschieden zurückweisen, wenn man uns hindert, die ausländischen Arbeiter aufzuklären und gewerkschaftlich zu organisieren.

Das Verhalten mancher Behörden zu dieser Frage gibt nur zu berechtigten Klagen Anlaß. Es beweist die Wichtigkeit unserer obigen Bemerkung, daß man

hier sehr oft mit verschiedenem Maße mißt. Einige krasse Beispiele mögen dies beweisen. Als der Ausschuss unserer Gesamtverbandes des italienischen Dr. Valente zu dem Zwecke angestellt hatte, aufklärend unter der italienischen Arbeiterschaft zu wirken, hatte letzterer unter allerhand bösherrlichen Chikanen zu leiden. Ja, es kam so weit, daß er kurzerhand aus Preußen ausgewiesen und so gezwungen wurde, außerhalb des „gastlichen“ preussischen Bundesgebiets sein Domizil aufzuschlagen. Ferner: Weil ein ausländischer Arbeiter in Voithingen sich an den Bestrebungen des christlichen Gewerksvereins der Bergarbeiter beteiligte, wurde er des Landes verwiesen, trotzdem er sich 10 Monate — in den letzten Tagen noch tatkräftig an der Vorbereitung zur — Kaisergeburtstagsfeier beteiligt hatte. In Gromau wurde ein tätiges Mitglied des christlichen Textilarbeiterverbandes (ausländischer Nationalität), das sich durchaus nicht hatte zu schulden kommen lassen, binnen 2 Stunden über die Grenze befördert. Der arme Teufel nebenbei bemerkt, noch durch die Industrie zu Krüppel geworden ist, konnte nicht einmal erst zu seiner Familie Abschied nehmen. Diese wenigen Beispiele den vielen Fällen der letzten Zeit fordern doch in aller Deutlichkeit, daß besonders auch die Gewerkschaft feste Normen nach dieser Richtung erhält, solche schreienden Vorfälle für die Zukunft unmöglich zu machen. Der Begriff „lästiger Ausländer“ in der Tat so behäblich und undefinierbar, daß er entschieden hier auf Abhilfe dringen müssen.

Interessant ist die Stellung des organisierten Unternehmertums zu der Frage der ausländischen Arbeiter. Der Leitartikel in Nr. 28 der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf die diesbezüglichen Anschauungen jener Kreise. Nachdem dort ganz richtig geschildert wird wie große Gefahren nationaler und volkswirtschaftlicher Natur dadurch entstehen, daß die Arbeiterschaft gewisser Industriezentren — besonders Ruhrreviers — heute bereits ein internationales Gepräge erhalten hat, läßt man aber unvorsichtigerweise die Klage aus dem Saal. Zuerst in die völlig unzureichende Behauptung aufgestellt, das „arme“ Unternehmertum leider gezwungen ausländische Arbeiter heranzuziehen. Die Schuld dafür sollen diejenigen tragen, die durch ihre aufhörliche Agitation den Preis für die Leistung der inländischen Arbeiter so hoch getrieben haben, daß dadurch die Produktion übermäßig verteuert.

Das alte Lied von der Begehrlichkeit der ausländischen Arbeiter, die durch ihre „übermäßigen“ Forderungen die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie in Frage stellen und so die armen Arbeitge „zwingen“, sich nach billigeren Kräften umzusehen, schadet nur, daß der Kreis derjenigen, die diesen romantischen Glauben schenken, immer kleiner wird. angesichts der — ach so „niedrigen“ Dividenden Mehrzahl der Arbeitgeber selber noch daran glauben wegen mir doch schüchtern zu bezweifeln. Dann n

**Das Arbeiterleben in den Vereinigten Staaten.**

Die Mitglieder, die sich zum großen Teil aus diesen oder gegenseitigen Hilfe bedürftenden Beamten zusammensetzen, tragen im Knopfloch kleine Abzeichen, die für das amerikanische Straßenbild typisch sind.

Mit den hier erwähnten privaten Wohltätigkeitsanstalten hat es jedoch vielfach seine Bedenken. Dypmann sagt darüber: „Die Einrichtung zur Verhütung von Unfällen und zur Verhütung gesundheitsschädlicher Einflüsse sind trotz der in allen industriereichen Unionsstaaten geübten Fabrikaufsicht im allgemeinen mangelhaft. Ich habe allerdings manches Gute, daneben aber vieles Mangelhafte oder Fehlende bemerkt: es liegt ja auch nicht in der Natur des Nordamerikaners, durch Vorbeugung zu versuchen, seinen Mitmenschen vor Gefahren zu schützen: überall gilt das „help yourself“. Durchweg gut ist in den Fabriken die Fürsorge gegen Brandunglück, was ja auch bei der noch vorherrschenden großen Verwendung von Holz als Baumaterial eine naheliegende Sorge ist. Würden deutsche Fabrikaufsichtsbeamte plötzlich in die nordamerikanische Industrie versetzt werden können, so würden sie ein reiches Feld für ihre Betätigung finden. Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiter im eigentlichen Sinne des Wortes sind, wie bei dem zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden schroffen und gespannten Verhältnis nicht anders zu erwarten steht, im großen ganzen selten. Die vorhandenen Sätze zu solchen Einrichtungen hat man erst kürzlich seitens der Fabrikanten zusammengefaßt und veröffentlicht; sie zu verallgemeinern und unter einheitliche Gesichtspunkte zu bringen, indem die National Civil Fe-

deration eine Wohlfahrtsteilung gebildet hat, die zum ersten Mal auf einer in New York im März 1904 abgehaltenen Konferenz mit den an der Sache Interessierten Arbeitgebern die Gelegenheit zu einer eingehenden Besprechung gegeben hat.“ Er schildert dann die Verhältnisse einiger Firmen, man sieht aber gleich auf den ersten Blick, daß es sich um solche Firmen handelt, die Amerika nicht verlassen. Die Werke haben augenscheinlich — ganz wie bei uns — Wohlfahrtseinrichtungen geschaffen, um damit in der Welt möglichst billige Reklame zu machen. Annoncen sind teuer und bezahlte Reklamen auch. Mer Notizen über Wohlfahrtseinrichtungen nehmen die Zeitungen gratis auf und zwar noch im redaktionellen Teil, wo sie viel besser wirken.

Auch Gewerbeschuldirektor Bach beschäftigt sich mit diesen Wohltätigkeitsinstituten, allerdings nur in kurzen Worten, während er sich über die eigenen Verurteilungen der Arbeiter und die Frage der öffentlichen Versicherung eingehender beschäftigt. Er sagt da: „Als einen Mangel wird von den Arbeitern vielfach empfunden, daß sie nicht gegen die Gefahren in ihrem Beruf, nicht gegen Krankheit und die Beschädigungen des Alters durch Versicherung geschützt sind. Für Kranken- und Sterbefällen ist, wie oben erwähnt, in manchen Fabriken gesorgt, auch die Trades Union sehen in ihren Satzungen vielfach Versicherungen ihrer Mitglieder gegen Unfälle im Beruf und für den Todesfall vor. Doch die Beiträge sind nicht unerheblich. Man fängt an, Deutschland um sein staatliches Versicherungsweisen für Arbeiter zu beneiden, nachdem ein Abgesandter der amerikanischen Arbeiter dasselbe eingehend hier studiert hat. Sein Bericht soll voll Begeisterung die Segnungen der deutschen staatlichen Arbeiter-

versicherung preisen. Diese hat durch die auf der Ausstellung in St. Louis angelegten Schichten auch Aufmerksamkeit und den warmen Beifall von einflussreichen Personen gefunden, die sie nun ebenfalls eingehend kennen lernen wollen. Nach der Meinung dieser Herren erscheint freilich die Durchführung einer staatlichen Arbeiterversicherung in den Vereinigten Staaten wegen des ausgebreiteten privaten Versicherungswesens wenig aussichtsvoll, fast so wenig durchführbar wie eine Verstaatlichung der amerikanischen Eisenbahnen.

Vergessen werden soll freilich nicht, daß auch in den Vereinigten Staaten die Gewerbeaufsicht bei allerding nur für einen Teil. Was dabei herauskommt kann man sich denken, wenn man an die herrliche Kontrolle der großen Chicagoer Schlachthäuser ihren entsetzlichen Schweinereien denkt: Beamte, die amerikanischen Millionäre nicht bestechen könnten, es einfach nicht. Die Gesetze werden nur auf die arme Teufel angewandt: „In 27 von etwa 50 Staaten Territorien verlangt die Gesetzgebung die Anstellung von Gewerbeaufsichtsbeamten. Der Wirkungsbereich ist sehr verschieden. Allen gemeinsam ist es zur Pflicht gemacht, Fabriken und Werkstätten zu beaufsichtigen darüber hinaus haben die Beamten in einigen Staaten auch die Betriebsstätten des Handlungsgewerbes, die Werkstätten der Hausindustrie, die Wäschereien und Bäckereien zu revidieren. In einigen Staaten hat man die Beamten auch mit der Baupolizei, mit der Dampfbootsaufsicht, mit der Beaufsichtigung der Fabrikanlagen, Aufsicht über den Bergwerksbetrieb oder mit ähnlichen Funktionen betraut. Nur in 10 Staaten die Gewerbeaufsichtsbeamten dazu berufen, eine Unionsstatistik aufzustellen, die Unternehmer sind in jenen Staaten gehalten, an die Beamten Unfallanzeigen

unterschiedsgerweise in dem Artikel gesagt, wie die ausländischen Arbeiter beschaffen sein müssen, wenn man sie gebrauchen kann. Man hält es für bedenklich, daß Arbeitskräfte herangezogen werden, die jenseits der Grenze bereits mitten in der Arbeiterbewegung stehen und demgemäß wohl kaum dazu beizutragen dürften, die Verhältnisse auf dem deutschen Arbeitsmarkt friedfertiger zu gestalten.

Also, die Moral von der Geschichte für die Arbeitgeber: So lange die ausländischen Arbeiter dumm genug sind, sich ruhig zu Kulis und Bohrdrückern verwenden zu lassen, so lange sie nicht zu Standesbewußtsein gelangt sind und in slavischer Untertwürfigkeit sich in das kapitalistische Joch einspannen zu lassen, so lange sind sie willkommen. Erkennen sie aber ihre Pflichten gegenüber ihrem Stand, dann ist es „doppelt bedenklich“ sie herüberzuholen. So die Anschauung der „Arbeitgeberzeitung“ und ihrer Kreise. Es geht daraus hervor, daß auf dieser Seite alles andere vor dem Profit zurückstehen hat und daß eine bessere Einsicht dort dort kaum zu erwarten ist.

Es war erfreulich, daß der Breslauer Kongreß dieser Frage näher getreten ist, daß man auch auf unserer Seite eingesehen hat, von welcher Bedeutung für die Zukunft diese Frage für uns werden kann. Auch in der Eisenindustrie spielt sie eine wichtige Rolle, besonders bei den Hilfskräften. Es müssen Mittel und Wege gesucht werden, um die schreienden Mißstände zu beseitigen. Vielfach sind die Anregungen, die bezwecken sollen, hier Abhilfe zu schaffen. Ueber dieselben später in einem anderen Artikel.

Wir begrüßen es ferner, daß auf dem nächsten christlichen Gewerkschaftskongreß der Frage der ausländischen Arbeiter ein besonderes Kapitel gewidmet sein soll. Unbedingt ist es schon. Bemühen wir uns, Material zu sammeln, um die Unhaltbarkeit des heutigen Zustandes zu beweisen. Unserer Bewegung werden wir damit einen wesentlichen Dienst erweisen.

### Zur Gewerkschaftsbewegung im Saarrevier

Schreibt die Germania:  
„Eine Hauptursache der unerquidlichen gewerkschaftlichen Lage im Saarrevier ist die Tatsache, daß gewisse Gegner der christlichen Gewerkschaftsbewegung diese nach den Fehlern beurteilen, die hier und da im Gier der Agitation vorkommen sind. Zu-

zufinden. In 15 Staaten haben die Gewerbeaufsichtsbeamten auch die Arbeitsämter zu verwalten. Diese Arbeitsämter (Bureau of Labor Statistics), von denen das erste im Staate Massachusetts im Jahre 1869 begründet wurde, haben den Zweck, statistischen Material über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Klassen zu sammeln, die den gesetzgebenden Körperschaften die Unterlagen für solche gesetzgeberischen Maßnahmen bieten, welche zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Bevölkerung dienen.“

Die gesetzliche Grundlage, auf die diese Herren ihre Tätigkeit aufbauen, sind sehr verschieden. Das Recht, gegen die Ausbeutung einzuschreiten, ist in manchen Staaten besonders groß, sobald es um den Schutz der Frau und Mädchen handelt: doch sind erst 5 Staaten dazu übergegangen, die Naktarbeit der Frauen gänzlich zu verbieten. In übrigen sind die Beamten in jeder Beziehung machtlos, ihre Arbeit wirkungslos: „Bezeichnend für die Milde der New Yorker Gewerbeaufsicht ist es ferner, daß trotz der hohen Zahl der Revisionen nur in 13 Fällen eine gerichtliche Verfolgung eingeleitet ist, von denen 7 zur Bestrafung gelangten, mit einer Strafsomme von insgesamt 215 Dollar. Dabei sind im ganzen bei den Besichtigungen rund 50 000 Übertretungen der gesetzlichen Bestimmungen festgestellt. Der Bericht spricht sich dahin aus, daß gegenüber der großen Arbeitslast eine Vermehrung der Beamten wünschenswert sei, da es jetzt unmöglich sei, durch Nachrevisionen die erfolgte Durchführung der getroffenen Anordnungen zu überwachen. Es scheint auch im Staate New York kein Zwang zu bestehen, die in den gewerblichen Betrieben vorkommenden Unfälle den Gewerbeaufsichtsbeamten mitzuteilen. Im Jahre 1902 sind im ganzen nur 3 258 Unfälle zur Anzeige gekommen, und diese Zahl war schon um 50% höher als in irgend einem vorhergehenden Jahre.“

Das, worin die Amerikaner den Deutschen ohne Zweifel bedeutend über sind, ist das Gebiet des Schulwesens. Das Lehrlingswesen ist, da ein altes Handwerk nicht vorhanden ist, ganz zurückgetreten. Lehrlinge gibt es nicht. Jeder muß aus sich selbst heraus und mit Hilfe billiger und zahlreicher Schulen zu etwas bringen. Darüber nächstens einiges.

bezug auf derartige Vorkommnisse bemerkte Reichstagsabgeordneter Arbeitersekretär Wiesberts in seinem Referate auf dem christlichen Gewerkschaftskongresse in Breslau treffend: „Wir sind ganz und gar keine Engel, wir sind nicht im Salon aufgewachsen, und die Anstragung von Differenzen zwischen uns und den Arbeitgebern wird sich schwerlich jemals in den Formen der besseren Gesellschaft abspielen.“ Das wissen auch die Gegner der christlichen Organisation im Saarrevier; trotzdem aber beurteilen sie vielfach die ganze christliche Gewerkschaftsbewegung nach gelegentlichen Entgleisungen, die einzelnen Agitatoren bei der Bekämpfung der Gegenströmung unterlaufen sind. Die Herren täten aber klüger, sich sine ira et studio über die Bedeutung der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der hertigen Zeit zu informieren. Solange es Arbeitgeber gibt, die sich in ihrem Verhalten gegenüber ihren Arbeitern von Grundätzen leiten lassen, die dem Geiste des Christentums schmerzdrucks widerstreben, solange werden die christlichen Arbeiter um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen kämpfen müssen. Es wäre traurig bestellte um die Arbeiterchaft, wenn sie einzig und allein auf die Möglichkeit einer besseren Einsicht der Arbeitgeber und auf die Hilfe des Staates vertraute. Wir möchten einmal wissen, wie man einen Großindustriellen, der in seiner wirtschaftlichen Betätigung nur den Standpunkt des egoistischen und Herrenmenschen kennt, in einen Arbeitgeber verwandeln könnte, der in wohlwollender Absicht mit seinen Arbeitern verhandelt. Wir halten das solange für ein Ding der Unmöglichkeit, bis uns das Gegenteil bewiesen wird. Und die Hilfe des Staates! Gegen Ende des Streiks im Ruhrrevier wurde die Hilfe des Staates angerufen. Die Regierung brachte infolgedessen eine Bergarbeitergesetznovelle im Landtage ein, die von der Bergarbeiterchaft des Ruhrreviers als ein Fortschritt begrüßt wurde. Der Landtag aber strich die für die Verwalter wichtigsten Bestimmungen, und was übrig geblieben, ist ein Bruchstück, das in den Bergarbeiterkreisen absolut nicht befriedigt. Was also hat die Hilfe des Staates in diesem Falle zuwege gebracht? Die Vertreter der katholischen Arbeiterorganisationen streben mit allen einschlägigen Sozialpolitikern die Einrichtung von Arbeitskammern an. Man kann wohl mit Sicherheit erwarten, daß durch diese Einrichtung die Zahl der Lohnstreitigkeiten verhindernden Tarifverträge ganz erheblich gesteigert werden wird. Daß durch die Arbeitskammern aber die wirtschaftlichen Kämpfe ganz aus der Welt geschafft werden könnten, ist kaum anzunehmen. Man kann wohl kaum die Arbeitgeber durch Gesetz zwingen, alle berechtigten Forderungen der letzteren zu erfüllen. So werden die Arbeiter auch nach Einrichtung der Arbeitskammern in vielen Fällen der Selbsthilfe nicht entraten können, und eine energisch tätige Organisation wird auch dann noch notwendig sein.“

### Der hinausgeworfene Dr. Tille.

Herr Dr. Tille ist mit seinen Scharfmacherplänen jetzt auch bei der nationalliberalen Partei unmöglich geworden. Eine Konferenz der nationalliberalen Partei hat ihn wegen seiner bekannten Stellungnahme im Saarrevier aus der Partei ausgeschlossen. Es wird also immer einsamer um den Herrn Dr. Tille. Der Burbacher Hüttenarbeiterstreik bedeutet für denselben ein böses Omen. Hoffentlich kommt Herr Tille bald zur besseren Erkenntnis, daß er allein die christlichen Gewerkschaften nicht aufhalten kann, selbst wenn ihm seine Bundesgenossen die Sozialdemokraten, die besten Handlangerdienste leisten.

### Vom christl. „Gewerkschaftsschwindel“

weiß die sozialdemokratische Presse gar ruhiges zu erzählen. In der soziald. Arbeiterzeitung heißt es:  
! Der christliche Gewerkschaftsschwindel wird im christl. Metallarbeiterverbande genau so betrieben wie in den übrigen von uns schon besprochenen christlichen Organisationen. In der Jahresabrechnung pro 1905 figurieren 17 563 Mitglieder im Jahresdurchschnitt mit einer Jahresbeitragsleistung von 212 424 Mark. Als wöchentliche Beitragsleistung ist pro Mitglied der Betrag von 50 Pfennig gleich einer Jahresleistung von 26 Mark pro Mitglied. Dividiert man aber die angegebene Mitgliederzahl durch die Gesamtbeitragsleistung, so ergibt sich nur ein Jahresbeitrag von 12,09 Mark pro Mitglied. Es liegt also auf der Hand, daß man sich um mehr als die Hälfte der Mitglieder hinausgeschwindelt hat. Die Mitgliederzahl des christlichen

Metallarbeiterverbandes beträgt also nach den geleisteten Beiträgen nicht 17 563, sondern nur 8170,15 Personen.

Die „Schwindler“ sind in diesem Falle aber nicht die „Christlichen“, sondern die „Genossen“. Die Arbeiterzeitung und verwandte Blätter sollten doch wissen, daß der 50 Pfennig Wochenbeitrag erst seit Januar 1906 besteht, und für das Jahr 1905 nicht in Betracht kommt. Es muß eben jedes Mittel herhalten, um die christlichen Gewerkschaften zu verkleinern. Also wer ist der Schwindler??

### Die Generalversammlung des Verbandes christlicher Schneider und Schneiderinnen Deutschlands

fand am 29. Juli und folgende Tage in Frankfurt statt. Anwesend waren 31 Delegierte, 29 männliche, 2 weibliche. Dieselben vertraten 2 591 männliche und 352 weibliche Mitglieder in 80 Zahlstellen, gegen 1 214 männliche und 28 weibliche in 41 Zahlstellen im Jahre 1904. — Die Beiträge wurden festgesetzt: a) für Maßschneider und Konfektionsarbeiter in Städten über 10 000 Einwohner auf 35 Pfg., für alle übrigen Maßschneider auf 30 Pfg., sowie Konfektionsarbeiter auf 25 Pfg. Für weibliche Arbeiter 15—20 Pfg. Für die Ausbringung der Kosten der Generalversammlung hat jedes Mitglied im Monat Oktober einen Wochenbeitrag extra zu zahlen. Der Anteil der Lokalfassen an den ordentlichen Beiträgen wurde von 20 auf 10 Prozent herabgesetzt. Der Antrag, die Generalversammlung in Zukunft alle drei Jahre abzuhalten, wurde abgelehnt, dagegen soll in Zukunft statt für je 100 für je 200 Mitglieder ein Delegierter entsandt werden. Lokalbeiträge zu erheben, kann von den Zahlstellen beauftragt werden. Sollte eine weitere Erhöhung der Beiträge, oder sonst wichtige Ursachen es rechtfertigen, so hat der Zentralvorstand das Recht, darüber eine Abstimmung herbeizuführen. An Unterstützung sollen in Zukunft zur Anwendung kommen, Reiseunterstützung, je nach Mitgliedschaftsdauer und Klasse bis 1 Mark pro Tag bis auf die Dauer von 12 Wochen Sterbegeld bis zu 80 Mark. Erwerbsunfähige Personen, Invaliden usw. können sich durch Zahlung eines Wochenbeitrages das Anrecht auf Sterbegeld und den Bezug des Verbandsorgans sichern.

Es wurden Referate gehalten über Taktik bei Lohnbewegungen und Freistellung von Beamten und über Organisation der Konfektionsarbeiter.

Zum Verbandsvorsitzenden wurde wieder Schwarzmann-München gewählt.

### Schutz der „Nationalen Arbeit“.

Ueber den Schutz „der nationalen Arbeit“ wissen viele Leute gar sehr wohl zu sprechen und zu schreiben. Meistens verstehen sie unter dem Schutz der nationalen Arbeit die Börsekrise oder im Auslande angelegte Kapitalien; in den seltensten Fällen wird hierbei auch an die eigentliche nationale Arbeit gedacht. Wie diese geschützt wird, davon können die Arbeiter gar manches Lieblein singen, besonders bei Streiks. Es ist eine allgemeine Frage der deutschen Arbeiter, daß die Ausländischen fast nur als Bohrdrücker oder Streikbrecher herangezogen werden, um den deutschen Arbeitern in den Rücken zu fallen. Wo bleibt da der Schutz der nationalen Arbeit?

Ueber diesen Punkt schreibt die Germania:

„Es ist das Verdienst der Breslauer Tagung, einmal deutlich und weitvernehmbar auf die Gefahren hingewiesen zu haben, die der deutschen Arbeiterschaft im besondern, im allgemeinen aber auch dem gesamten deutschen Volke von der gegenwärtigen Invasion (Uebersutung) ausländischer Arbeiter drohen. Bei dem nächsten Kongreß in zwei Jahren wird die Angelegenheit vorwiegend auf die Tagesordnung kommen. Die christlichen Gewerkschaften Deutschlands, die besonders stark in den Grenzgebieten vertreten sind, haben seit langen Jahren immer stark unter der ausländischen Konkurrenz zu leiden gehabt. Das gilt vorzüglich von den Textilgebieten an der belgischen und der holländischen Grenze von Eupen-Machen bis Gönau-Epe im nordwestlichen Westfalen. Man war daher in den Kreisen der christlichen Arbeiter über die Gefahr unterrichtet. Aber das, was in Breslau mitgeteilt wurde, brachte doch für manche eine sehr starke Ueberraschung. Sogar russische Revolutionäre werden in großen Scharen nach Deutschland gezogen und zwar durch Institutionen, die sich der Gunst der Behörden erfreuen! Das deutsche Volk aber kann sich dieser

unerwünschten Gäste, die Ihre revolutionären Neigungen natürlich beim Einzug in Deutschland nicht jenseits der Grenze lassen, nicht erwachen, weil es möglichst geheim gehalten wird. Auch die zahlreichen Ausländer, die von allen Seiten herangezogen werden, um in der Industrie Streikbrotherarbeiten zu verrichten, sind für die Allgemeinheit recht unerwünschte Gäste; denn der deutsche Arbeiter verzehrt sein Geld zum Nutzen der eingewanderten Kaufmannschaft und der heimischen Industrie und Landwirtschaft im Inlande. Der Ausländer aber spart in denkbarster Entbehrung, soviel er kann, und schickt es zum Zwecke der Kapitalbildung in die Heimat. Die Abwehr der Schäden aus dieser Ausländerfrage ist für die organisierte Arbeiterschaft um so schwieriger, als die Leute unorganisiert sind und nicht organisiert werden können, weil jeder Ausländer, der versucht, sie durch Reden in ihrer fremden Sprache zur Organisation zu veranlassen, ohne weiteres von den Behörden ausgewiesen wird, wie das neulich dem italienischen Sekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Dr. Valente in Oberfeld passierte, weil jeder ausländische Arbeiter, der sich der deutschen Organisation anschließt, als „lästiger Ausländer“ ausgewiesen wird. Unter lebhaftem Beifall des Kongresses fand diesen Erklärungen gegenüber sogar Franz Behrens, der bekannte Schüler und Anhänger Stöckers, sehr deutliche Worte. Nicht jene ausländischen Arbeiter seien als „lästige“ Ausländer auszuweisen, die einem oder einigen Unternehmern lästig erscheinen, weil sie gefonnen waren, ihre Rechte zu vertreten, wohl aber sei die große Masse der ausländischen Streikbrecher der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes lästig.“

Auch bei dem Streik unserer Kollegen in Würselen spielten die ausländischen Arbeiter, die man unter Vorpiegelung falscher Tatsachen herangelockt hatte, eine verhängnisvolle Rolle. Dazu schreibt der Volksfreund in Aachen:

„Die Ausländerfrage hat bekanntlich auch bei dem Honigmannschen Streik in Würselen eine Rolle gespielt. Man kann nicht sagen, daß die Ausländer, namentlich die mittellose Ausländer, sich besonderer Beliebtheit bei der preussischen Bureaumokratie erfreuen; wir kennen Fälle, daß ausländische Arbeiter, die Jahrzehnte lang in Preußen gearbeitet, hier Familien begründet und sich vorwurfsfrei geführt haben, die größten Schwierigkeiten hatten, als sie wünschten, in den preussischen Untertanen-Verband aufgenommen zu werden. Doch unlängst haben wir es erlebt, daß ein Holländer aus Gronau in Westfalen ausgewiesen wurde, weil er sich im christlichen Textilarbeiterverband betätigte. Das Verhalten der preussischen Bureaumokratie wird aber sofort anders, wenn Ausländer offensichtlich oder unwissentlich sich als sogenannte Streikbrecher anwerben lassen. Dann erfreuen sie sich plötzlich einer geradezu rührenden Sorgfalt der hohen Behörde, und sämtliche Polizeidiener und Gendarmen werden zu Schutzengeldiensten kommandiert. Darf man sich wundern, wenn die Arbeiter darin eine unzulässige Parteinahme der Behörde in einem wirtschaftlichen Streite zugunsten des Stärkeren erblicken? Herr Honigmann hatte das Recht, sich Arbeiter zu verschaffen, unter welchen Versprechungen er immer wollte. Aber ebenso war es ein Recht, der ausländischen Arbeiter, die Fremden aufzuklären über die wirklichen Verhältnisse, und keine Polizei hatte das Recht, den in gesetzlichen Formen sich bewegenden Verkehr der Ausländer mit den Ausländern zu hindern. Erst wenn die Fremden mit Drohungen oder mit Gewalt die fremden Arbeiter vom Eintritt in die Fabrik abgehalten hätten, wäre es Recht und Pflicht der Polizei gewesen, einzuschreiten. Wir wissen nicht, ob zu Anfang der vergangenen Woche in Würselen seitens der ausländischen Arbeiter oder der auf ihrer Seite stehenden Einwohner irgend etwas Ungeheures vorgekommen ist; es scheint nicht der Fall zu sein, sonst würden wohl schon Verhaftungen an Ort und Stelle und Strafmandate und polizeiliche Vernehmungen erfolgt sein. Es haben Menschenansammlungen stattgefunden, die ja — wir leugnen es nicht — leicht zu Ausschreitungen hätten führen können. Aber diese Ansammlungen sind doch geradezu provoziert worden durch die auffällige Art, wie die als Streikbrecher angeworbenen Ausländer von der Polizei „besetzt“ wurden. Herr Honigmann hatte offenbar die Polizei von dem Eintreffen der Streikbrecher wissen benachrichtigt, und die Behörde hatte sich verpflichtet gefühlt, ihre Beamten zu beordern, damit die Streikbrecher nicht mit den Ausländern in Berührung kämen. Wenn das von

den Arbeitern bitter empfunden wurde, so ist das nicht Schuld der Arbeiter.

Man redet so viel vom Schutze der nationalen Arbeit vor der ausländischen Konkurrenz; aber vom Schutze der nationalen Arbeitskraft des deutschen Arbeiters, der im Frieden seine Arbeitskraft einsetzt auch für das Gedeihen der deutschen Industrie, und im Kriege seine Knochen für den Schutz des Vaterlandes zu Markte trägt, davon redet man nicht, daran denkt man nicht einmal; diese ist schutzlos der ausländischen Konkurrenz preisgegeben, zumal wenn diese Konkurrenz eine illoyale ist; ja, diese illoyale Konkurrenz wird geradezu befördert. Wir sind überzeugt: kein denkender Arbeiter des Rhein- u. Ruhrbezirks vermag es den Holländern und Belgiern, wenn sie diesseits der Grenze Arbeit nehmen. Wohl aber muß er es tadeln, wenn sie ihn bewußter Weise unterbieten, und wenn sie ihn bei berechtigten Kämpfen als Streikbrecher in den Rücken fallen und ihn von seiner langjährigen Wirkstelle zu verdrängen suchen. Die Konkurrenz des aufgeklärten, namentlich des gewerkschaftlich organisierten Ausländers fürchtet er nicht. Wird ihm aber durch beherrschende Maßnahmen die Aufklärung und Organisation des ausländischen Konkurrenten verwehrt, dann muß das Erbitterung erregen und muß schließlich zu Konflikten mit der Behörde oder deren Organen führen. Die eigentliche Schuld daran trägt dann aber nicht der Arbeiter.

### Der mitteldeutsche Verband der evangelischen Arbeitervereine

hat auf seiner diesjährigen Generalversammlung in Ahlsdorf beschloffen, für seine Mitglieder den Eintritt in die christlichen Gewerkschaften zu befürworten. Damit hat, schreibt das Reich, er einen sozialpolitischen Schritt vorwärts getan, zu dem man sich in den Kreisen der evangelischen Arbeitervereine lange nicht entschließen konnte. Man glaubte, die Vertretung der Arbeiterinteressen am besten gewahrt zu sehen, wenn man den in den Vereinen zu pflegenden Zusammenhang mit den Arbeitgebern nicht löste. Es hat sich aber herausgestellt, daß die Arbeitgeber, soweit sie Mitglieder der evangelischen Arbeitervereine sind, sich um deren Aufgaben und Ziele persönlich gar nicht kümmern, oder doch nur durch Zahlung von Jahresbeiträgen ihre Sache unterstützen. „Kein vernünftiger Mensch verdient es den deutschen Arbeitern, sich zu organisieren“, erklärte Graf Posadowski im Reichstag. Warum sollen es die evangelischen, vaterlandstreuen gesinnten Arbeiter nicht auch tun? Hätten sie schon früher damit angefangen, so wäre die Sozialdemokratie nicht in dem Maße gewachsen, wie es der Fall ist. Auch deutsch und evangelisch gesinnte Arbeiter werden die christliche Gewerkschaftsbewegung, die eben an Mitgliederzahl einen bedeutenden, hoch erfreulichen Fortschritt gemacht hat, mit Freuden begrüßen.

### Zur Verhaftung unseres Kollegen Schümmer in Würselen

wird uns noch berichtet: Früh 5 Uhr wurde der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe des Christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes, Herr Wilhelm Schümmer aus dem Bette heraus von zwei Gendarmen und einem Polizeidiener verhaftet und in das Polizeigewahrsam gebracht. Gegen 8 Uhr wurde er von zwei Gendarmen in das Untersuchungsgefängnis zu Aachen gebracht. Ein Grund wurde bei der Verhaftung nicht angegeben. Es verlautet, daß Schümmer beschuldigt wird, Straßenaufläufe aus Anlaß des Streiks in der chemischen Fabrik von Moritz Honigmann veranlaßt zu haben. Vormittags neun Uhr sollten auf Veranlassung des Herrn Bürgermeisters Schiffer von Würselen auf dem Rathause Einigungsverhandlungen zwischen einer sechsgliedrigen Kommission der ausländischen Arbeiter und der Firma Honigmann stattfinden. Die Arbeiter verlangten, daß der Vorsitzende der Ortsgruppe und der Bezirksleiter Wolfs den Verhandlungen beiwohnen sollten. Erregte schon das Bekanntwerden der Verhaftung Schümmers unter so eigenartigen Umständen — wie ein fluchtverdächtiger schwerer Verbrecher wurde er aus dem Bette geholt — Aufsehen, so wurde das Aufsehen noch erhöht durch den Transport Schümmers durch Aachen. Inmitten eines Gendarmen zu Fuß und eines Gendarmen hoch

zu Fuß wurde der Verhaftete über die Straße geführt, es hätte bloß noch gefehlt, daß ihm Ketten angelegt würden.

Dazu bemerkte der Volksfreund in Aachen: Die Verhaftung eines christlichen Arbeitertreters, noch dazu unter so auffallenden Umständen ist eine schlechte Einleitung zu Einigungsverhandlungen. Man hätte sich nicht wundern dürfen, wenn die Arbeiterkommission sich vorläufig auf Verhandlungen nicht eingelassen hätte. Auf telephonische Anfrage hören wir jedoch, daß die Kommission um 11 Uhr vom Rathause in Würselen noch nicht zurückgekehrt war. Die Vertreter der Honigmannschen Arbeiter haben also die für Besonnenheit, der es nur auf das gesteckte Ziel den Frieden mit dem Arbeitgeber unter günstigen Bedingungen zu erreichen, ankommt, nicht acht gelassen. Herr Schümmer ist trotz seiner gerade ein ruhiger Mann, daß ihm die Bewegung in der Honigmannschen Fabrik zur Last legt wird, dagegen hat er sich in der Versammlung am vorigen Sonntag verhalten. Man möge einmal die Fiktion aufgeben, als ob die verantwortlichen Leiter einer Organisation zumal auf dem Boden der Staatsordnung und des Eigentums stehenden Organisation, instände oder nur geneigt seien, Ausstände hervorzurufen. Vertreten die Beschwerden der Arbeiter, von der Berechtigung sie sich überzeugt haben, aber machen — davon haben wir uns wiederholt überzeugt, — allen ihren Einfluß geltend, um unrechtfertigte Streiks zu verhindern.

Nach weniger können wir uns denken, ein Führer christlicher Arbeiter Aufläufe herbeiführt. Herr Schümmer hat das, soweit wir kennen, sicher nicht getan. Für die Menschenansammlungen, die aus Anlaß des Ausstandes in Würselen vorgenommen sind, sind in erster Linie die Maßnahmen der Firma Honigmann verantwortlich zu machen, die, statt sich in Unterhaltungen einzulassen, aus dem Auslande Massen von Arbeitern importierte, die bestimmt waren, ihre bisherigen Arbeiter zu ersetzen. Daß fremde Arbeiter, zum Teil wenigstens, unter solchen Angaben angeworben waren, ist noch nicht bestritten worden. In zweiter Linie ist für die Ansammlungen das auffällige Aufgebot von Gendarmen und Polizei verantwortlich zu machen, das durch kein Verbrechen begründet war. Die Beamten sollen freilich zum Teil in eine merkwürdige Erregung versetzt worden sein und sogar die Teilnahme zum Schießen nachgesucht haben. Diese ihnen glücklicherweise verweigert worden, und man ist den Betreffenden in unzweideutiger Weise deutet worden, daß zum Schießen kein Grund vorliege. Die christlichen Gewerkschaftsbeamten haben weit entfernt, aufzureizen, die angesammelte Menge zum Auseinandergehen aufgefordert und ihre Weisungen ist Folge gegeben worden.

Welches Vergehens Herr Schümmer beschuldigt wird, muß sich noch herausstellen. Er selbst wird es wohl erfahren vom Untersuchungsrichter, bevor er binnen 24 Stunden vorgeführt werden muß. Wir hoffen, daß er sofort nach seiner Vernehmung wieder in Freiheit gesetzt wird. Hoffentlich erfährt man dann auch, wenn die Beschuldigungen und Verhaftung zu verdanken, ist, ob einem eifrigen Polizeibeamten oder einer anderen Person. An einer andern Stelle berichtet das Blatt den Angehörigen Schümmers, die beim Untersuchungsrichter nachfragten, wurde klare Auskunft nicht gegeben. Die Verhaftung sei erfolgt wegen der Vorgänge am 23. Juli. Wenn aber ein Plan, der sich die Bewahrung der Arbeiter vor der Sozialdemokratie durch soziale und religiöse Schulung zur Aufgabe gemacht hat, bei der epi- bischöflichen Behörde telegraphisch als Polizeiwiegler denunziert werden konnte, weil er zufällig bei der Ankunft eines Streikbrechertransportes an der Straße war, so wird die Volkstimme nicht leicht nicht fehl greifen, wenn sie die Verhaftung Schümmers auf dieselbe Stelle zurückführt, von der die Denunziation des Kaplans ausgegangen ist. Ein Gesuch um Haftentlassung gegen Kaplans wurde bis jetzt vom Gerichte abschlägig beschieden. Es ist dringend notwendig, daß die christlichen Arbeiter einmal zu der Frage der Heranziehung ausländischer Arbeiter Stellung nehmen, denn so, wie bisher, kann es dauernd nicht weitergehen. Bis leicht ist der nächste allgemeine christliche Arbeiterkongress im Frühjahr 1907 das geeignete Forum um dieses Thema in geeigneter Form zur Sprache zu bringen.

Die deutschen Arbeiter — die für ihr Vaterland so große Opfer bringen müssen, — sind denn doch nicht bloß dazu da, um sich seitens des Untertanentums zu jeder Zeit die ausländischen Streikbrecherkulis auf den Hals heben zu lassen.

### Wo sitzen die meisten Streikbrecher?

Hierzu schreibt „Die Baugewerkschaft“, Organ des christlichen Bauarbeiterverbandes: In der letzten Nummer (31) der sozialdemokratischen „Bergarbeiterzeitung“, dem gewerkschaftlichen Sämpfblatt, werden 150 Genossen auf einmal wegen Streikbruch ausgeschlossen. — Im „Grundstein“ ist einmal wieder „Rimpar“ auf der Tagesordnung. Eine Anzahl tüchtige Mitglieder des roten Zweigvereins Würzburg machen den roten Weimarer Maurern den Streik kaputt, weil sie „Spezialisten im Theaterbau“ seien! Von Ausschluß ist trotzdem keine Rede! Die Würzburger Genossen haben stramm erklärt: „Ausschließen tun wir, wen wir wollen, da hat der Hauptvorstand nichts zu sagen!“ Im übrigen knobeln eben „Grundstein“, „Stuckateur“ und „Bauhilfsarbeiter“, dieses konst so einige Kleeblatt, aus, wer am meisten in Streikbrechereien macht. Bruder „Zimmerer“ schaut schmunzelnd zu, er lacht sich ins Fäustchen, denn seine Streikbrecher „erklären“, daß sie wieder brave Genossen sein wollen, zahlen ihren Obolus an die Klasse und — punkt! Und diese Gesellschaft redet noch öfter von christlichen Streikbrechern!

Ja, liebe „Baugewerkschaft“, wenn die roten Streikbrüche verüben, das ist auch etwas anders, da schweigen alle Flöten; „alleinige echte Arbeitervertreter“ sind sie deshalb doch.

### Aussperrung und die Genossen.

Köln. Wenn die Kollegen diese Zeilen zu Gesicht bekommen, so wird sich hier schon eine große Aussperrung entschieden haben. Köln steht unter Signatur des Kampfes, einer drohenden allgemeinen Aussperrung im Baugewerbe. 4—5000 Arbeiter würden dadurch auf Pfahle geworfen werden. Die Ursache dazu ist folgende: Im Streik befindliche Dachdecker und Bauklemper aus Frankfurt fanden hier Arbeit. Auf Geheiß des Arbeitgeberverbandes mußten diese entlassen werden. Daraufhin erklärten sich die anderen solidarisch und legten geschlossen auf 3 Werkstätten die Arbeit nieder. Nachmals besaß, geschlossen; unsere christlichen Kollegen machten mit, sogar ein 52jähriger Kollege hatte sich nicht ausgeschlossen.

Daraufhin verfügte die freie Vereinigung der Dachdecker und Bauklemper für Donnerstag, den 26. Juli, die allgemeine Aussperrung. Vom Arbeitgeberverband für das Baugewerbe wurde erklärt, auch eventuell zur Aussperrung zu schreiten, wenn nicht ihre Differenzen erledigt würden. Hier handelt es sich um die Kanalarbeiter, die noch nicht zum Tarifabschlusse gekommen waren. Ferner um die Glaser, die einzelne Betriebe gesperrt hatten. Die Aussperrung der Dachdecker und Bauklemper wurde aber nicht allgemein; hier und dort wurde noch gearbeitet. Um diesem Wirrwarr ein Ende zu bereiten, beschloßen die „Freien“, für Mittwoch, den 1. August, die allgemeine Arbeitseinstellung, allerdings gegen eine starke Minderheit; ebenso wurden Forderungen gestellt. Unsere Kollegen erklärten wieder ihre Solidarität, verlangten aber ausdrücklich die Anerkennung unseres Verbandes. Die „Freien“ Gesellen versprochen alles zu tun. Die Probe wurde aufs Exempel gemacht, eine Kommission begab sich zum Volkshause (freies Gewerkschaftshaus). Ihr Ansuchen wurde aber mit Spott und Hohn von den Beamten und den Radikalultras zurückgewiesen.

Daraufhin nahmen unsere Kollegen Mittags spört die Arbeit wieder auf. Eine abends tagende Sektionsversammlung beschloß einmütig, diese Verhandlung in der richtigen Weise zu parieren. Alle waren darin einig, ihren Mann zu stellen und sich auch vor allen Dingen das Mitbestimmungsrecht ihren eigenen Klassengenossen gegenüber zu erwerben.

Der Kampf ist schwer, für unsere junge Sektion, die Genossen versuchen alles, aber ihre Brutalität wird an uns zu Schanden. Ohne Rücksicht gehen unsere Kollegen durch.

Wirklich ist man im roten Blätterwald über diese neueste Vergewaltigung der christlichen Arbeiter durch die roten Brüder. Kein Lüftchen regt sich über diese Sache, doch man streitet sich im allgemeinen über die Taktik gegen uns. Ein Genosse

Heise empfiehlt unbedingte Kampfstellung. Meerfeld (Redakteur der Rh. Zeitung) empfiehlt aber wieder einmal das bekannte Mittel: „Die Führer tritt man vor den Bauch und die Mitglieder streicht man.“ So Meerfeld, „für die infamen, feigen Streiche der Führer will er die gesamte christliche Arbeiterschaft nicht zurückweisen.“ Das Rezept wird bei der christlichen Arbeitern nicht verfangen. Ein solches Benehmen wagen rote Gewerkschaftsführer, die ihre Leute im Vorjahre blödsinnig in den Streik geholt. Der eine mußte sofort eine Anleihe von 500 Mark machen, der 2. im Metallarbeiterverband sprach in seinem Geschäftsberichte von 1905 die ihn selbst kennzeichnenden Worte: „Der Klempnerstreik machte der Verwaltung manche schwere Stunde.“

Warum? großes Maul, „lönerne Füße“ und schwere Erbbe in der Kasse. Weiter, Verfasser von rührseligen Artikeln über den Mitgliederchwund aus Anlaß des Extrabeitrages von 25 Pfg., Auslegung des im Jahre 1905 abgeschlossenen Tarifes wie die Meister es belieben, Verkürzung der Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden auf 9 Stunden, Auszahlung des Lohnes um 6 Uhr Samstags abends gibts nicht, alles laut Tarif.

Warum? freie Kollegen, weil der „freie Metallarbeiterverband die erste gewerkschaftliche Aufgabe außer Acht läßt, den Verhältnissen nicht Rechnung trägt (siehe Formerbewegung), weil er ungeheures Geld zur Meiseier hergeben muß, die uns noch keinen Pfifferling eingebracht hat. Darum, freie Kollegen, leidet unsere Sache, wir wissen aber auch genau, daß hunderte unter auch sind, die damit absolut nicht einverstanden. In euch ergeht der Ruf, reißt euch los von diesen Führern und arbeitet mit uns, die Gewerkschaftsbewegung in gesunde Bahnen zu lenken; im christlichen Metallarbeiterverband.

In Sachen der gesamten Aussperrung ist die Situation noch sehr ernst. Die Kanalarbeiter haben einen Tarif abgeschlossen. Die Glasermeister wollen, wenn keine Arbeitswilligen belästigt werden, darauf verzichten. Die Dachdecker- und Bauklemper-Vereinigung hingegen verlangen bedingungslose Aufnahme. Gelingt es nicht, eine Einigung zu erzielen, so tritt am 15. August die allgemeine Aussperrung ein. Mag es nun kommen wie es will, unsere Kollegen sind auf ihren Posten. Unsere ideellen Ziele hoch, die Gleichberechtigung der christlichen Arbeiterbewegung muß erkämpft werden. Vorwärts auf der ganzen Linie, dann wird alle Genossen-Taktik zu Schanden werden. Th. Sch.

### Zur Schmiedebewegung in Mettau.

Die hiesige, von den freien Verbänden insgezierte Schmiedebewegung, wo auch wir einige Kollegen beteiligt hatten, ist seit Freitag den 3. Aug. beendet, ohne daß viel dabei herauskam. Im Jahre 1900 wurde den Schmieden 20 Pfg. pro Garnitur Zulage gewährt, welche aber im Laufe der Zeit wieder in Abzug gebracht wurden, dank der Schusterei der Herren Genossen, die niemals genug bekommen konnten. In letzter Zeit scheint es ihnen wieder zum Bewußtsein gekommen zu sein, daß mit den jetzigen Sätzen nicht mehr auszukommen sei und so wurden wieder die alten Lohnsätze beansprucht: 20 Pfg. wie früher; bewilligt wurden seitens der Firma aber nur 10 Pfg. Die Mitglieder des freien Schmiederverbandes wollten unter diesen Umständen die Arbeit nicht aufnehmen. Der Geschäftsführer des freien Metallarbeiterverbandes Schneider (Mannheim) aber befohl, falls die Schmiedeverbändler die Arbeit nicht aufnehmen würden, die Metallarbeiterverbändler ihre Leute die Arbeit machen lassen; dieses wäre dann keine Streikarbeit.

Man wird sich dieses merken müssen für die Zukunft. Vielleicht trifft's sich, daß auch andere Verbände dem freien Metallarbeiterverbande gegenüber diese Politik anwenden müssen, dann ist es hoffentlich auch keine Streikarbeit.

Von 75 beteiligten Arbeitern hatten sich ganze 16 Mann für Aufhebung des Streiks ausgesprochen, die anderen schienen überhaupt keine Meinung zu haben. Das „gute“ Einbernehmen der freien Führer erschien überhaupt in sonderbarem Lichte; meinte doch Herr Schneider, nur der deutsche Metallarbeiterverband könne die Interessen der Arbeiter vertreten und forderte die Schmiede auf, demselben beizutreten, was selbstverständlich dem freien Schmiedeverband nicht angenehm sein konnte, da ja auch er die Interessen seiner Mitglieder wahrnehmen wollte. So rivalisieren die Herren Genossen, jeder will die Interessen der Arbeiter am besten vertreten und zuletzt kommt nichts heraus.

### Eine Musterwirtschaft im Betriebe der „Gute Hoffnungshütte“ in Oberhausen.

Es ist nicht das erste mal, daß wir an dieser Stelle auf obige Firma hinweisen. Ob aber je ein tieferer Grund die Arbeiter zur Beschwerde veranlaßte, kann bezweifelt werden.

Im Waggon-Reparaturschuppen obiger Firma, Abt. Eisenhütte, befindet sich seit etwa 4 Monaten ein neuer Vorgesetzter in Gestalt des Vorarbeiters S. — — Ob diese Person dazu angetan ist, das Verhältnis zwischen Arbeitern und Vorgesetzten resp. Firma, im besten Lichte erscheinen zu lassen, wie daselbe noch vor kurzer Zeit gefeiert wurde, müssen wir unbedingt bezweifeln.

Einer in dem betreffenden Betriebe seit 15 Jahren beschäftigter Schlosser mußte es erleben, daß dieser Mustervorgesetzte auf ihn seinen Druck ausübte. Aus welchem Grunde jedoch kann nicht genau festgestellt werden. Angenommen muß werden, daß der betreffende Schlosser nicht immer bei dem Brantweingelage die Stange hielt, resp. nicht immer dabei war, wenn geschmiert und traktiert wurde, auf der Arbeitsstelle so wohl, als auch nach Schluß der Arbeit. Denn, wer sich dem Trinkgelage, Botteriekub und Gesangverein in der Werkstätte unter Leitung dieses Vorarbeiters, nicht anschloß, für den war seines Bleibens in dieser Musterwerkstätte nicht mehr von langer Dauer. Der Schlosser, als Solonnenführer, mußte denn auch recht bald dies erfahren und wurde, wegen eines Zwischenfalles, welcher nicht der Mühe wert ist, daß man Worte darüber verliert, in die Sträflingskolonne versetzt. Wer hier nicht pariert, der fliegt, oder er wird körperlich gequält. Erwähnt muß hierbei werden, daß diese Kolonne aus Bruder und Schwägern des Vorarbeiters besteht.

Um nun aber zu verhüten, daß dem betreffenden Schlosser nicht die Fäuste der Gewaltigen auf dem Rücken tanzten, verlangte eines Tages dieser Gedrückte während der Arbeit, Urlaub, um so das Schlimmste zu verhüten. Dieser wurde ihm denn auch für diesen Tag gewährt mit der Bemerkung des Meisters S. . . . , daß, wenn er sich nicht füge, wie es der Vorarbeiter verlange, er sofort entlassen würde. Diese Drohung veranlaßte den Schlosser, von einem ihm zugesprochenen Unfall Gebrauch zu machen und am anderen Tage von dem Meister einen Unfallschein zu verlangen. Der Meister kam diesem Gesuch nach und beauftragte seinen Sohn, den Schein auszustellen. Wer aber glaubt, daß diese Ausfertigung, gewissenhaft von statten ging, der irrt. Denn auf der Bildfläche erschien die Hünengestalt des Vorarbeiters und stellte sich als Meisterschaftsringer in der Meisterstube zur Verfügung, verhinderte die Ausfertigung des Unfallscheines und mit Fußtritten traktierte er den armen Schlosser zur Stube hinaus.

Hiermit noch nicht genug! Jetzt wurde der so Gemißhandelte noch verfolgt zur Verbandstätte, wohin er sich begab, und war derselbe gezwungen, sich Hilfe requirieren zu müssen um ohne Schaden vor solchen Menschen mit heiler Haut den Fabrikausgang zu erlangen.

Selbstverständlich wurde von den Arbeitern der Werkstatt sofort eine Werkstattversammlung einberufen und unser Kollege G. dazu eingeladen, mit der Bitte, über die Sache zu referieren und über die Schritte und Wege gegen ein solches Vorgehen Stellung zu nehmen. Das Resultat war: Es wurde eine Kommission gewählt, die bei dem Betriebschef vorstellig werden sollte. (Es muß aber hier noch festgestellt werden, daß von seiten des Meisters als auch des Herrn Vorarbeiters S. — — alles versucht wurde, die Versammlung zu vereiteln, indem mit allen Mitteln gedrückt wurde, damit die Versammlung schlecht besucht würde.)

Der Betriebschef nahm diese gewählte Kommission sehr zuvorkommend in Empfang und versprach, die ganze Sache gründlich zu untersuchen und den Schuldigen zur Rechenschaft heranzuziehen. Im Verhör wurde dem betreffenden Vorarbeiter auch soweit alles zur Last gelegt und ein ganzes Meer von Anklagen gegen ihn erhoben. Grund dieser Anklagen wäre laut Fabrikordnung der Chef unbedingt gezwungen gewesen, den Mustermenschen zu entlassen.

Aber jetzt entpuppten sich die Arbeitervertreter, Schmonzer und Speichelleder, indem 50 Unterschriften gesucht wurden für ein Bittgesuch des Vorarbeiters, um die Entlassung zu verhindern. Hier hatten, „wie gewöhnlich“, der G. verbe ein resp. die Mitglieder der „Hirsche“ großes Interesse, indem alle „Hirsche“ in der Musterstube, außer einem „einzigem“, das Bettelgesuch dieses Muster-

Arbeiter, unterzeichneten. Aber noch schlimmeres kam. Ein Mitglied des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes (Genosse Pegerl) hat dieses Bettelgeschrei dem Betriebschef überbracht.

Ob die ganze Sache nun ihr Ende erreicht hat, ist noch nicht bewiesen. Aber allem Anschein nach noch nicht. Denn jetzt werden die Bettelgesuche zum Dank für ihr tapferes Benehmen von diesem rücksichtslos des Schnapstrunkes beglückt. Verstand es doch dieser Herr, am Dienstag den 17. Juli 13 dieser Personen zu melden wegen Vergehens gegen Paragraph 21 der Arbeitsordnung. Dieses Vorgehen des Betriebschefs hätte der Direktion doch den Beweis glaubwürdig machen, daß es gerade diese Person war, die das Vergehen eingeführt hat. Wenn aber die Firma glaubt, daß man die Sache im Papierkorb liegen, und stillschweigend jetzt darüber hinweggegangen würde, so irrt sie damit.

Hier ist es nun Aufgabe, daß unserem Verbande angehörende Mitglieder ganz entschieden dagegen protestieren und die Sache an höherer Stelle zur Sprache bringen. Die Generaldirektion muß die Forderungen der so geschiedenen Arbeiter hören und die Öffentlichkeit muß das Urteil fällen. Dann wird auch der Schreckensschuß, welcher vom Betriebschef unserem Kollegen B. gegenüber losgelassen hat, versagen.

Kollege Groß soll wieder der Uebeltäter sein. Nein, Herr Betriebschef, nicht Groß, sondern Herr Surmund trägt die Schuld und solange dieser Zustand nicht beseitigt wird, ist auch an ein friedliches Verhältnis nicht zu denken. Oder soll dadurch, daß die Mitglieder des christl.-soz. Metallarbeiterverbandes gemahngelt werden, gezeigt werden, daß die Arbeiterschaft sich nicht koalieren darf?

Vor allem verlangen wir, eine humane und anständige Behandlung unserer Mitglieder und lassen sie von solchen Vorgejekten wie S. — nicht tyrannisieren. Anstatt den schuldigen Teil zur Rechenenschaft zu ziehen, wirft man ruhige Arbeiter auf das Straßenpflaster.

Mit Material kann, wenn es gewünscht, für S. — noch gedient werden. Es kann durch nicht im Betriebe beschäftigte Personen festgestellt werden, daß Surmund anstatt des Nachts auf der Hütte, eine halbe Stunde wegsweit entfernt in der Wirtschaft zechte. Wir erinnern nur an die Dokale W. Raffen und Vermell an der Johanneskirche.

Hoffentlich werden diese Zeilen dazu dienen, der Firma sowohl als auch der Öffentlichkeit zu zeigen, daß hier unbedingt dem Uebel abgeholfen werden muß.

An die Arbeiter aber geht der Ruf: „Seit einig, einig, einig und stellt euch alle unter die Fahne des christl.-sozialen Metallarbeiterverbandes, dann werdet ihr mit der Zeit auch als ebenbürtige Menschen betrachtet werden müssen.“

An dem Verhalten der Hirsch-Dunder wie freien Gewerkschaftler in dieser Affäre mögen die Kollegen erkennen, wer das Interesse der Arbeiter vertreten hat.

Arbeiter der Gutenhoffnungshütte schließt euch dem christlichen Metallarbeiterverbande an, dann werden solche Dinge nicht mehr vorkommen.

### Kollegen,

bezahlt pünktlich die Beiträge, damit eure Unterstützungsansprüche nicht verloren gehen.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 19. August der vierunddreißigste Wochen-Beitrag für die Zeit vom 19. August bis 26. August 1906 fällig.

Ortsvorstände sorgt für pünktliche und musterhafte Abrechnung.

Raiferslautern. Auf dem hiesigen Eisenwerk haben sich die 600 Arbeiter einmal aufgerafft, um ihre Lage den heutigen Zeitverhältnissen entsprechend, etwas aufzubessern, auch gleichzeitig so manches zu beseitigen, was wohl noch aus der Vergangenheit alter Zeiten mit erhalten geblieben ist, aber in die heutige Zeit nicht mehr paßt.

So z. B. ist es hier noch Tatsache, daß nur monatliche Zahlung und für jeden Arbeiter, der

länger als ein Jahr auf dem Werk beschäftigt ist, eine Kündigungsfrist von 4 Wochen besteht. Auch blüht dort noch das Ueberstundenwesen sowie teilweise Nacht- und Sonntagsarbeit, ohne daß dem Arbeiter hierfür eine bessere Vergütung gewährt wird. Besonders sind in der Gießerei die Verhältnisse als sehr verbesserungsbedürftig zu nennen, denn hier arbeiten die Formier und Kernmacher den ganzen Monat im Afford immer drauf los, um etwas zu verdienen und am Zahltag finden sie, daß der Meister nach ihrem Guldinken die Preise geändert hat. Hier sollte man glauben, daß alle Kollegen sich einmal aufraffen und Mitglieder der Organisation werden, damit Wandel geschaffen werde, aber leider sind gerade die Formier und Kernmacher am allerwenigsten dazu zu bewegen und so mußten dann auch die Arbeiter ohne die Gießerei in die Bewegung eintreten.

Nach vorhergegangener Besprechung der beteiligten Organisationen wurden in einer Fabrikversammlung am 23. Juli folgende Forderungen einstimmig aufgestellt und der Arbeiterausschuß mit deren Vertretung beauftragt:

1. Eine allgemeine Wohnzulage von 10 Proz. für sämtliche Arbeiter zu ihrem bisherigen durchschnittlichen Tagesverdienst.
2. Vergütung der Ueberstunden mit 25 Prozent für alle Arbeiter ohne Ausnahme.
3. Für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent.
4. Anstelle der bisherigen monatlichen Auszahlung soll dieselbe 14täglich erfolgen, ebenso soll eine vierzehntägige Kündigungsfrist eingeführt werden.
5. Einführung einer Frühstück- und Vesperpause ohne Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnverkürzung.
6. An Samstagen um 6 Uhr und die Tage vor den hohen Festen um 4 Uhr bei vollem Lohn.

In zwei weiteren Versammlungen der Arbeiterschaft vom Eisenwerk wurde Stellung zur Antwort der Direktion, die auf obige Forderungen eingegangen war, genommen.

Punkt 2, 5 und 6 hatte die Direktion genehmigt, während sie eine Lohnerhöhung sowie bessere Zahlung von Nacht- und Sonntagsarbeit und ganz besonders eine 14tägliche Lohnzahlung und Kündigungsfrist strikte ablehnte. Da nun gerade die Arbeiterschaft hierauf das Hauptgewicht legt und dies mit vollem Recht, wurde in der letzten Versammlung beschlossen, daß in den Hauptwerkstätten die Kündigung am 4. August eingereicht wird. Die Gesellschaft verteilte im letzten Jahre eine Dividende von Seindrittel Prozent, in diesem Jahre 7 Proz.

Hoffentlich wird die Einmütigkeit der Arbeiterschaft der Direktion beweisen, daß auch sie nicht mehr den alten Papp aufrecht halten kann, sondern, daß dem Arbeiter den neuen Zeitverhältnissen entsprechende Rechnung getragen werden muß.

### Streiks und Lohnbewegungen.

- Sagen.** Klempner in Lohnbewegung eingetreten.
- Würselen.** In der chemischen Fabrik von Honigmann Streik ausgebrochen.
- Emmerich.** Maschinenfabrik van Gimborn Streik ausgebrochen.
- Nachen.** Hütte „Rote Erde“ Differenzen ausgebrochen.
- Duisburg.** Fittingswerk G. m. b. H. Streik ausgebrochen.
- Dinlage.** Streik ausgebrochen.
- Mülheim a. Rhein.** Bei der Firma Israel und Söhne Schmiede und Stellmacher wegen Differenzen gekündigt.
- Eisenach.** Fahrzeugfabrik, Streik der Schlosser, Schmiede, Dreher und Hobler.
- Gustkirchen.** Bei der Firma Josef Mahka, Luginswagener sind Differenzen ausgebrochen.
- Hattungen.** Stahlgußformer der Firma Henkel im Streik.
- Flensburg.** Auf der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft Streik ausgebrochen.
- Werdohl.** Firma Gebr. Brüninghaus Streik der Formier.
- Kassel.** Streik der Klempner.
- Westerhüsen.** Salbte Welttradsfabrik Differenzen ausgebrochen.

Buzug ist fernzuhalten!

### Aus dem Verbandsgebiet.

#### Drei Versammlungen in Würselen.

Anlässlich des Streiks auf der chemischen Fabrik von Honigmann fanden 3 Versammlungen statt, welche mit der Angelegenheit beschäftigt waren. In einer Versammlung waren über 800, die übrigen 4—700 Personen besucht.

Es wurde ein Rückblick gegeben über den Verlauf der Sache: Der Ausstand begann nach Ablauf der Kündigung. Die Arbeitgeber haben sich Arbeitswillig erworben durch die Agenten Nömkens und Koch aus Mienwienhagen und Maastricht. 45 kamen in Herzogentum an, die übrigen mit der Kleinbahn von Nachen. Trotz des Polizeiaufgebots gelang es den Ausständigen mit dem angeworbenen in Verbindung zu treten und über die Sachlage aufzuklären. Der Agent versprach den Angeworbenen 20 Mark Gratifikation, wenn sie nicht die Fabrik betreten wollten, und die Heizer sollten 8 Mark — Mark Tagelohn bekommen. Die Holländer aber wollten nicht Underkruipers spielen und kehrten über die Grenze zurück. Es kamen dann an den folgenden Tagen noch kleinere Trupps fremder Arbeiter, die alle schüttelten den Staub Würselen wieder von ihren Füßen. Diese Einführung der Streikbrecher bewirkte natürlich eine gewisse Erregung und es kam zu Aufrufen, aber die Streikleitung hat alles getan, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. (Sehr richtig.) Die Streikenden und die Streikleitung tragen an der Erregung keine Schuld, sondern in erster Linie diejenige die ausländische Arbeiter unter der Vorpiegelung, die in Würselen eine neue Sodafabrik errichtet werden soll, herbeigeführt haben und in Trupps hierher brachten. (Sehr richtig.) Auch einige Mitglieder haben sich gegen die Arbeiter gestellt (Wut-Rufe) trotz der Resolution am vorigen Sonntag. Die Arbeiter werden diese Geschäftsinhaber nach Kräften unterstützen. (Sehr gut.) Am Donnerstag hatte sich die Erregung gelegt. Es wurden Verhandlungen angeknüpft. Bezirksleiter Wolke und unter Ortsgruppenvorsteher Wilhelm Schümmer machte daran teilzunehmen. Da wurde am Samstag früh 5 Uhr Kollege Wilhelm Schümmer von Polizei und Gensdarmen aus dem Bette geholt und in der Polizeigewahrsam und dann ins Untersuchungsgefängnis gebracht.

Als Referent ergriff nun das Wort Kollege Hirschner aus Essen: daß die Arbeiter von Honigmann nicht leichtfertig in den Streik getreten sind, kann ich von vornherein annehmen. Der Streik ist nach unserer Statut und für christliche Arbeiter überhaupt nur das letzte Mittel, das ergriffen wird, nachdem alle friedlichen Versuche vergebens gewesen sind. Trotzdem Herr Honigmann im Frühjahr erklärt hatte, er würde mit einer Kommission verhandeln, hat er, als die Arbeiter die Probe aus Exempel machten, eine Verhandlung abgelehnt. Die Verantwortung für den Kampf fällt ganz und allein auf Herrn Honigmann. Die Arbeiter wollen heute ein Mitbestimmungsrecht bei Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben. Wer hat denn das größte Risiko zu tragen? Das ist doch der Arbeiter und es ist eine Verdrehung des gesunden Denkens, wenn gewisse Goldschreiber des Kapitalismus erklären, durch die Unfallrente sei das Risiko beim Unternehmer. Den Arbeiter und seiner Familie sind aber keine gesunde Knochen lieber als die Unfallrente. (Zurückweisung.)

Die Versicherungsanstalten müssen heute nicht nur Anstalten für Schwindsüchtige, sondern auch für Nervenkranke errichten. Das kommt von der Treiberei, die angewandt wird, um das Mögliche aus der Arbeitskraft herauszuschlagen, wie der übermäßigen Arbeitszeit. Wir gestehen ganz gern dem Unternehmer einen höheren Zinsfuß zu als denjenigen den bombensichere Staatspapiere abwerfen; aber darum darf der Arbeiter nicht den Kapitalisten auf Gnade oder Ungnade überliefert werden. Die Bewertung der Arbeitskraft als Ware ist ein unwürdiger Standpunkt, und wir verlangen mit Recht eine menschenwürdige Stellung für die Arbeiter. Wir wollen uns nicht in kürzester Zeit verbrauchen und dann auf Kosten der Armenverwaltung und unsere heranwachsenden Kinder durchfüttern lassen, sondern wir wollen uns unserer Familie möglichst lange erhalten und darum wollen wir, daß mit unserer Arbeitskraft haushälterisch umgegangen werde. Ein Mensch verleiht sich nicht eher als eine Maschine. Der Arbeiter soll keine Zitronen sein, die man auspreßt und dann wegwirft. 12 bis 15 Stunden Arbeit in einer chemischen Fabrik ist zu viel. Wer 8 Stunden in giftigen Gasen gearbeitet hat, der hat genug Arbeitskraft geopfert.

Wir sagen aber als christliche Verbändler nicht, daß der Arbeiter bloß Rechte hat, wir sagen ihm auch, daß er Pflichten hat. Das hat der Vorstehende getan, und das hat auch Kaplan Weinand getan. Früher hat man die Arbeiter hindern lassen, sie durften sich Sonntags auch mal betrinken; aber von Rechten der Arbeiter mal

gar keine Rede. Wir lassen uns unser Recht aber nicht nehmen. Wir begrüßen ja den Schutz, den die Polizei unseren Versammlungen angedeihen läßt, vermissen aber die gleiche Beirgung der Polizei bei Versammlungen der Arbeitgeber. Wir haben nichts dagegen überwacht zu werden, aber dann sollen die Herren Arbeitgeber auch überwacht werden. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wollen keinen Klassenkampf, aber Gleichberechtigung im Staatsleben. Wenn Sie treu und einig in dem Ihnen aufgedrungenen Kampfe ausharren, dann werden Sie auch Erfolg haben. In England hat man einen Arbeiter zum Minister gemacht, bei uns macht man Aufhebungs, wenn ein Arbeiter zum Schöffen gemacht wird. (Heiterkeit.) Wir haben also noch vieles zu erlangen. Wir sind stolz darauf, daß die Arbeiter sich als vollberechtigte Staatsbürger und Mitglieder der Gesellschaft zu fühlen beginnen. (Bravo!) Wir werden auch in Zukunft davon nicht ablassen. Für die eigenen Arbeiter hat man vielleicht nach 25 oder 30 Jahren eine Uhr über, sobald aber derselbe Arbeiter eine Forderung stellt, dann wirft man ihn auf die Straße, — wenn nicht die Organisation hinter ihm steht. Was die Organisation bedeutet, das erziehe man daraus, daß sogar in Walslatt-Burbach die Hüfte sich genötigt gesehen hat, 50 Pf. und 1 Mark pro Schicht zuzulegen. Das hat nur die Organisation geleistet. Auch in Zukunft wollen wir unsere volle Schuldigkeit tun. Die Streikenden mögen die größte Ruhe bewahren und alle Vorsicht anwenden, dadurch imponieren sie am meisten und dadurch werden sie auch die öffentliche Meinung für sich haben. Daß die Arbeiter sich für diejenigen, die im Kampfe zu ihnen gehalten, erkenntlich zeigen, ist selbstverständlich. Wenn wir für bessere Lohnverhältnisse eintreten, dann sorgen wir auch für die Geschäftswelt und das allgemeine Wohl. Denn der Arbeiter kapitalisiert wenig oder gar nichts und sendet auch keine Vermögen in die Bank von England. Die Konkurrenz- und Existenzfähigkeit der Industrie berücksichtigen wir, aber diese Frage läßt sich heute für die chemische und Montan-Industrie ohne weiteres bejahen. Halten wir fest, daß nur der Zusammenschluß der Arbeiter die Rechte der Arbeiter und die Verbesserung ihrer Lage garantiert.

In Duisburg haben wir jedoch einen guten Erfolg errungen in einem Werke, wo Kontrollühren für jeden Arbeiter eingeführt werden sollten. Das haben die Arbeiter abgelehnt, und sie haben abgelehnt. Der Firmeninhaber hat die Kontrollühren zurückgezogen. Hoffentlich hat auch Herr Honigmann ein Einsehen und einigt sich mit seinen alten Arbeitern. Wir wollen keineswegs den Ruin der Unternehmung. Wir wissen, daß nur eine lohnende Industrie lohnende Arbeit geben kann. Aber der Herr im Hause-Standpunkt ist schon lange überwunden. Nicht der Unternehmer ist Herr im Hause, sondern vielfach der Unternehmer-Verband. Die Arbeiter wollen nicht Herren in der Fabrik sein, aber sie wollen auch keine Sklaven sein, sondern bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen mitreden. Da Herr Dr. Tille, der Oberschwarzmacher, von dem Vorstande der nationalliberalen Partei abgesetzt worden ist, so ist daraus zu entnehmen, daß auch in den Unternehmerkreisen die Einsicht wächst, daß mit Schwarzmacherei nicht mehr auszukommen ist. (Lebh. Beifall).

In der Diskussion führte Herr Harsch an, daß er im Auftrage der Belegschaft am 20. Januar 1904 der Firma Honigmann den Wunsch nach Errichtung eines Arbeiterausschusses unterbreitet habe. Darauf habe er am 8. Februar von Herrn Direktor Weidmann folgende Antwort erhalten:

„Ich empfang' seinerzeit Ihr gefälliges Schreiben vom 20. v. Mts. und teil' Ihnen mit, daß es mir nicht als Bedürfnis erscheint, einen Ausschuss einzuführen. Ich selbst bin täglich und für jeden einzelnen Arbeiter zu sprechen und glaube auch Ihnen zu dürfen, daß ich dafür bekannt bin, daß ich jeden Arbeiter ruhig anhöre und Bescheid gebe. Auch unser Chef, Herr Honigmann, hat stets die Arbeiter, welche ihm sprechen wollten, ruhig zu Worte kommen lassen. Ich muß deshalb die Errichtung eines Ausschusses ablehnen. Wohlwollen gegen die Arbeiter ist bei uns gewiß vorhanden. Zuletzt wurde das noch bewiesen zu der Zeit, als Feiern eingelegt werden mußten.“

Leider stehe die Firma Honigmann mit ihrer Abneigung gegen Arbeiterausschüsse nicht allein. In einer zur Zeit des Ruhrstreiks in Aachen erschienenen Broschüre sei zu lesen, daß es nach Einführung von Arbeiterausschüssen mit der Autorität des Unternehmers vorbei sein werde. Ein solcher Standpunkt sei seit den Februarerlassen des Kaisers unbegreiflich, noch unbegreiflicher sei es, wie der Arbeiter demgegenüber noch ohne Anschluß an die Organisation bleiben könne. Wäre Herr Honigmann

vor zwei Jahren auf den Arbeiterausschuss eingegangen, dann wären ihm die Erfahrungen der letzten Woche voraussichtlich erspart geblieben. Die Aufbesserung der Löhne von 3,80 auf 4,50 ist sicher berechtigt, da die Arbeit in der chemischen Industrie gesundheitsschädlich und die chemischen Betriebe sehr ertragsreich sind. Ein Lohn von 4,50 ist noch ein sehr geringer Familienlohn. Herr Honigmann kann zahlen, das hat er bewiesen, indem er den Streikbrechern 8 Mark Tagelohn und 20 Mark Gratifikation versprach. Daß aber auch den Streikbrechern nicht lauter Gutes versprochen wurde, beweist die Anzeige in den holländischen Blättern, in der die Worte standen: „Gelegenheit zur Nacharbeit! Also 12 Stunden sind noch nicht genug!“

Bei den polizeilichen Maßnahmen zur Bewachung der als Streikbrecher angeworbenen Holländer fiel mir das Wort des Grafen Posadowsky ein von den Nesten des alten Polizeistaates, in denen unsere Behörden noch vielfach stecken. Im Jahre 1898 sagte der Abg. Dr. Lieber im Reichstage: In deutschen Gerichten herrscht für den Arbeiter vielfach große Härte, für den Arbeitgeber große Milde. Daran sind wir auch im Aachener Gebiete schon erinnert worden. Wenn auch noch mehr Leute aus unserer Mitte arretiert werden, so wird dadurch noch nicht bewiesen, daß die Firma Honigmann Recht hat. (Sehr richtig). Wohl aber wird bewiesen, daß der Arbeiter sich zusammenschließen muß zur Vertretung seiner Rechte. Hätten alle Arbeiter schon vor Jahren sich organisiert, so ständen wir heute nicht im Kampfe.

Weiter wendet sich Redner gegen den Geschäftsbericht der Stolberger Handelskammer, und protestiert sodann gegen die Behandlung, die seitens des dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Aachen vorsitzenden Regierungsrates nicht selten Arbeitern zuteil werde. Ein Bergmann, der nach 40-jähriger Tätigkeit in der Grube um die Invalidenrente sich bewarb, sei als Faulenzer bezeichnet worden. Einem anderen Arbeiter, den Dr. Grebe auf Grund langjähriger Behandlung als völlig arbeitsunfähig bezeichnet habe, sei gesagt worden: wenn er statt Schnaps zu trinken, sich um Arbeit bemühen wolle, dann könne er wohl noch ein Drittel Tagelohn verdienen. (Entrüstungsrufe).

Ein Mitglied der Versammlung protestiert gegen den Vorwurf der Aufhetzung, der dem verhafteten Schümmer gemacht werde, und fordert zu einem dreifachen Hoch auf den Kollegen auf, als Anerkennung für seine Tätigkeit. (Brausender, langanhaltender Beifall.)

Folgende Resolution wird von der Versammlung einstimmig angenommen:

„Die heute im Volks Müller taende öffentliche Versammlung zollt den um ihr Recht kämpfenden Arbeitern der Firma Honigmann für ihre taktvolle Haltung während des Ausstandes Anerkennung. Ferner konstatiert die Versammlung, daß die Leitung des Christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes trotz der schwierigen Verhältnisse in den ersten Tagen des Streiks die Streiks die Ruhe voll aufrecht erhalten hat. Die Vorkommnisse am Montag bei Ankunft der Arbeitswilligen sind einzig und allein darauf zurückzuführen, daß die Agenten der Firma Honigmann diese Leute unter Vorpiegelung falscher Tatsachen hierhin gewalt haben.“

Die Versammlung erklärt das in Würselen anwesende starke Polizeiaufgebot als nicht notwendig. Dasselbe war dazu angetan, die Aufklärung der fremden Arbeiter zu erschweren und Erregung unter den hiesigen Einwohnern zu erzeugen.

Die Versammlung erhebt öffentlich Protest gegen die durch nichts gerechtfertigte Verhinderung des Vorsitzenden der Ortsgruppe Würselen des Christlichen Metallarbeiterverbandes Wilh. Schümmer und erwartet, daß derselbe nach Klarstellung der Verhältnisse sofort in Freiheit gesetzt wird.

Die Bürgerschaft von Würselen versichert die Streikenden ihrer vollsten Sympathie und verpflichtet sich, dieselben moralisch und materiell zu unterstützen, damit der gerechte Kampf mit einem vollen Erfolge für die Arbeiter zu Ende geführt werden kann.

Nach einem kurzen Schlusswort des Herrn Hirtjeffer und ein vom Vorsitzenden ausgebrachtes Hoch auf die Einigkeit der Christl.-sozialen Arbeiterschaft, wird die Versammlung kurz vor 2 Uhr mit dem Christl. Arbeitergrüße geschlossen.

In den übrigen Versammlungen referierten die Kollegen Wils-Aden und Bwisch-Düsseldorf; beide

Versammlungen nahmen ebenfalls einen schönen Verlauf.

**R h e i n e.** Am 7. Juli fand hier eine Mitglieder-versammlung statt. Herr Arbeitersekretär Holle aus Münster hielt ein Referat. Er bekundete vor allem seine Freude, inmitten seiner hiesigen Berufsgenossen weilen zu können, die ihm, als Berufskollegen besonders ans Herz gewachsen seien. Nachdem verbreitete er sich eingehend über das Wesen der Organisation; er forderte die Arbeiter auf, durch ihr Betragen der Arbeitgebern keinen berechtigten Anlaß zur Klage zu geben, um mit etwaigen Beschwerden und Wünschen frei auftreten zu können. Darauf erörterte er die Lage des Handwerks in früherer Zeit, wie mit Erfindung der Dampfkraft der selbständige Handwerksmeister zum Lohnarbeiter erniedrigt wurde. Sodann führte er den Mitgliedern vor, wie sich schon in früherer Zeit die Handwerker zusammenfanden und sich durch Zünfte und Innungen vor Verdrückung zu schützen suchten und wie sie durch Einigkeit oft Großes vollbracht haben. Kollege Holle legte darauf die Notlage dar, wie sie heutzutage unter den Arbeitern bestehen; wie unsagbar schwer es fällt, eine Familie schlicht und recht durchzubringen. Er berührte die Lohnverhältnisse, besonders die Akfordlöhne, die oft recht ungesund seien. Zum Schluß belehrte derselbe auf Wunsch die einzelnen Mitglieder über verschiedene Angelegenheiten. Darauf wurden noch mehrere neue Mitglieder aufgenommen. Um 11 Uhr mußte Kollege Holle die Versammlung verlassen. Wir wünschen, ihn noch recht oft in unserer Mitte zu sehen, damit er durch seine pädagogischen Reden die Kollegen zu neuem Eifer anfeuerere, denn wie vielerorts ist auch bei uns der Besuch der Versammlungen ein etwas träger und müssen viele Kollegen noch aufgeklärt werden. Deshalb wollen wir uns aber nicht entmutigen lassen, sondern rüstigt weiter arbeiten, bis der letzte Metallarbeiter von Rheine christlich organisiert ist.

**L i p p s t a d t.** Am 29. Juli tagte im Lokale Molitor zu Lippstadt eine Konferenz der sauerländischen Agitationsbezirke mit der Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu dem Vorschlag der Arbeitgeber-Verbände, 2. Grundlagen zur Agitation, 3. Errichtung von Zahl- und Verwaltungsstellen, 4. Schulung der organisierten Kollegen, 5. Errichtung eines Verbandssekretariats. Es referierte zu 1 und 4 Kollege F. Kieseheuer-Neheim, zu 2 und 3 Kollege Ruhr-Lippstadt, zu 5 Kollege F. Schröder-Neheim. Vertreten waren die Ortsgruppen Bigge, Eslohe, Hüsten, Lippstadt, Neheim, Olsberg, Paderborn und Marstein. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Lippstadt eröffnete die Verhandlungen um 3 Uhr. Aus den Verhandlungen seien kurz folgende Punkte mitgeteilt und den Kollegen zur Beherzigung empfohlen:

Die Teilnehmer verpflichteten sich allgemein, dahin zu wirken, daß die organisierten Kollegen mit festem Mut und Energie die Aufgaben des Verbandes, sowohl innerhalb des Berufes, wie in den bürgerlichen Gesellschaftskreisen vertreten wollen. Ferner, mehr noch als bisher an den Zusammenschluß der christlichen Arbeiter mitzuwirken, sowie jeder Machenschaft seitens der hiesigen Arbeitgeberverbände keine Aufmerksamkeit zu widmen. Des ferneren eine planmäßige Agitation von Mund zu Mund, durch Werkstätten- und sonstige Versammlungen in die Wege zu leiten. Mit Festsetzung eines Arbeitsplanes möge baldigt begonnen und rechtzeitig durchgeführt werden. Dort, wo innerhalb einiger Kilometer mehrere Ortsgruppen errichtet sind oder errichtet werden können, sich jedoch einzeln nicht genügend entwickeln, sollen die Bezirksvorsitzende und die Vertreter der Ortsgruppen dahn beauftragt sein, daß solche naheliegenden Ortsgruppen als Zahlstelle einer Verwaltungsstelle sich zusammenschließen. Eine gründliche Schulung unserer organisierten Kollegen finden alle Vertreter für unbedingt notwendig, deshalb sollen alle Versammlungen durch Vorträge und Diskussionen aufklärend wirken. Wo Ortskartelle oder größere Mitgliederzahlen vorhanden, sind Unterrichtskurse und an kleineren Orten Diskutierclubs mit kleinerer Bibliothek zu errichten. Dadurch werden sich die Kollegen gegenseitig zur besseren Schulung anfordern, welches große Vorteile verspricht. Ferner wissen die versammelten Mitglieder sehr die Notwendigkeit und Möglichkeit eines Verbandssekretariats für die hiesigen Bezirke zu schätzen und verpflichten sich, im Kreise ihrer Ortsgruppen dahin zu wirken, daß, wo noch nicht geschahen, in nächster Zeit ein Extrabeitrag erhoben wird, um ein Fonds zu schaffen, welcher die Unterhaltung dieser notwendigen und überaus wichtigen Institution sichert.

An der Hand dieser Auszüge wollen die Leitungen der Ortsgruppen ihre Mitglieder unterrichten, weiter klärend diskutieren und ihre Maßnahmen in deren Sinne zu treffen. Ferner ist es Aufgabe des Bezirksvorsitzenden auf die allgemein gefassten Beschlüsse zu achten und deren Durchführung zu bewirken, damit bis zur nächsten Konferenz Fortschritte zu verzeichnen sind und weitere

Pläne zum nächsten Ausbau getroffen werden können. Jedes Mitglied muß an seinem Plage mit Mut und Ausdauer an der Erhaltung seines Berufes und somit einer selbstständig tätigen Arbeit, dann hat diese Konferenz zum Wohle aller beigetragen.

Die am 5. August stattgefundenen Mitgliederbesammlungen wurden unter Zustimmung der Ortsgruppen beider ab 1. Oktober zu einer Vereinigung zu verschmelzen. Ein Antrag zur Erhebung eines Extrabeitrages welcher von verschiedenen Seiten warm empfohlen wurde, im Interesse der Mitglieder selbst, wurde bis dahin zurückgestellt.

Der Vorsitzende spornte die Kollegen zur regen Agitation an, damit auch in unserem Bezirke der Verband sich mehr ausbreite und damit die Kollegen selbst Nutzen davon hätten. Redner wies besonders auf die Erfolge der letzten Zeit hin, welche nur durch das Eingreifen des Verbandes hätten erzielt werden können. Jeder Kollege müsse ein Agitator sein für den Verband und damit für sein eigenes Interesse.

Schweinfurt. Am Samstag, den 4. August fand eine Generalversammlung unserer Ortsgruppe statt. Da der bisherige Vorsitzende seinen Posten niedergelegt hatte, mußte zur Neuwahl geschritten werden.

Kollege Langgut ging einstimmig aus derselben als Vorsitzender hervor. Derselbe versprach seine beste Kraft einzusetzen um der Ortsgruppe ein würdiger Leiter zu sein und eruchte alle Kollegen, ihn tatkräftig zu unterstützen. Es folgte Bericht über die Konferenz in Fürtth, welche sich vorwiegend mit der Anstellung eines freigestellten Beamten und Erhebung eines Extrabeitrages befaßt hatte. Die Mitglieder waren der Meinung, von der Erhebung eines Extrabeitrages vorläufig Abstand nehmen zu sollen, weil die Zahlstelle noch zu jung sei. (?) Das fernere wurde über Abhaltung eines Gartenfestes verhandelt, welches seitens der Mitglieder Zustimmung fand. (Anm. der Redaktion: Wenn eine Ortsgruppe sich nicht für zu jung hält, ein Gartenfest mit feiern zu helfen, sollte es auch nicht der Fall sein, bei einer Erhebung eines kleinen Extrabeitrages zu einem Bezirksbeamten, der den Mitgliedern jedenfalls mehr Nutzen bringen kann, als wie Festlichkeiten.)

Weingarten (Württemberg). Daß wir im Lande der Sveven (Schwaben), nahe an den Gestaden des schwäb. Meeres, wo allerdings für unsere Agitation noch ein großes Arbeitsfeld vor uns liegt, auch noch am Leben sind, möchten wir auf diesem Wege kundgeben.

Durchdrungen von echtem christlichen Gewerkschaftsgeiste suchen wir mit unserer Agitationsarbeit vorwärts zu dringen, ungeachtet der Schwierigkeiten auf die wir dann und wann stoßen. — Durch dieses tatkräftige Zusammenarbeiten ist es uns gelungen, unser bisheriges Grüppchen zu einer Gruppe umzugestalten. In der kurzen Zeit unseres Bestehens sind wir jetzt, zum größten Mergel unserer roten Brüder so über ein halbes Hundert Mitglieder geworden, es ist dies gewiß ein gutes Zeichen und ein Beweis unserer Agitationsarbeit. In unserer kleinen Industriestadt Weingarten, die zirka 200 Metallarbeiter aufzählt, haben nämlich schon seit etlichen Jahren die roten Gewerkschaften festen Fuß gefaßt. Allein auch ihre Reihen lichten sich allmählich, indem sich schon einige Kollegen von den sogenannten „Freien“ uns angeschlossen haben und finden sich dieselben recht wohl bei uns, denn sie gestehen selbst ein, daß bei uns die richtige, soziale Tätigkeit herrsche. — In den drei letzten Versammlungen konnten wir im ganzen zirka 20 Mann als neu aufgenommen verzeichnen. — Seitens der Vorstandsjchaft, sowie andere tüchtige Kollegen wird alles aufgeboten, um in den Versammlungen unsere werthen Kollegen über die Bedeutung unserer Gewerkschaftsideen aufzuklären, sowie auch die christl. Gewerkschaftsbewegung gegenüber der sozialdemokratischen zu vergleichen. Was Vorträge anbelangen, muß hervorgehoben werden, daß unser werter Kollege Biegelmaier stets vorzügliches leistet, wir können uns nur freuen, eine solche tüchtige Kraft in unserer Mitte zu besitzen.

Unsere Hauptaufgabe muß natürlich sein, die noch immer in beträchtlicher Zahl vorhandenen Indifferenten aufzuklären; denn gerade sie sind es, die bei den jetzigen Zeit- und Wirtschaftsverhältnissen ganz und gar auf die christlichen Gewerkschaften angewiesen sind, ja sie sind es die dem Druck der Verhältnisse fühlend, sich am unzufriedensten gebärden. Da und dort hört man diesen oder jenen indifferenten Kollegen rasonieren über die sozialen Zustände, über Herzlosigkeit der Arbeitgeber, den Mangel an sozialer Fürsorge, sie wünschen verbesserte Lohn- und Arbeitsbedingungen usw. Daß aber alle diese Dinge nur geändert werden können, wenn die Arbeiter selbst auf die Abstellung eventueller Mißstände

dringen, dadurch daß sie sich uns anschließen, kommt ihnen gar nicht in den Sinn. Diese Hartköpfigkeit ist natürlich zum größten Teil auf den Mangel an Standesbewußtsein und Selbstständigkeit zurückzuführen. Nach altem Herkommen in den alten Anschauungen fortlebend, glauben sie, wenn sie recht geduldige brave Arbeiter seien, hätten sie ihre Aufgaben erfüllt. Diese Kollegen sind oft das größte Hindernis für die Ausbreitungen unserer Gewerkschaften. Es soll aber auch bemerkt sein daß oft diese Kollegen, wenn sie einmal im Verbande sind, die besten Gewerkschaftler werden.

Deshalb vorwärts Kollegen von Weingarten, nicht lange besonnen, hinein mit euch in unseren christlichen Verband, dann werdet ihr christlich an euch selbst handeln, sowie auch an euren Familien, denn euer Los ist auch ihr Los. Deines Nebenarbeiters Los ist auch dein Los. Nur in den christlichen Gewerkschaften werdet ihr bald finden, was euch mangelt, nur da sind Mittel und Wege zu Grunde gelegt, unsere Interessenkämpfe in gerechter Weise durchzuführen.

Auch wir organisierten Kollegen wollen mit voller Agitationskraft einsehen, alle Hindernisse müssen überwunden werden, eine herzhaft, tatkräftige Initiative und ein ernstes Vorwärtstreben muß Platz greifen.

Mögen auch unsere roten Kollegen hier kurze oder lange Gesichter schneiden, das kümmert uns sehr wenig. Nur uns soll hier die Zukunft gehören und müssen wir sie auch noch teuer erkämpfen, ohne Kampf kein Sieg und daß der Sieg unser sein wird, dessen dürfen wir jetzt schon überzeugt sein, haben wir doch jetzt schon an Mitgliederzahl die Oberhand und voraussichtlich werden wir bei der nächsten Versammlung wieder mehrere Aufnahmen, darunter auch einige von den ? Freien ? übergetretene. Die Kraft zum Siege aber zu erlangen, müssen wir wacker und unerschrocken, ohne Menschenfurcht fest und treu zu unserem Verbande stehen, mit stets betätigter Vorliebe unser Organ lesen und alles genau darin verfolgen, nie einem einzigen Versammlungsbesuch durch Dingel-Dangel und anderer Klein-Klein-Komödien vernachlässigen, denn nur in den Versammlungen können wir gemeinsam arbeiten für den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt und für die wahre Freiheit und Gleichberechtigung des christlichen Arbeiterstandes.

Trum Kollegen von Weingarten: Unser der Sieg und die Zukunft! Gott segne die christliche Arbeit!

Mürnberg, den 8. August. Die Ortsverwaltung Nürnberg unseres Verbandes erläßt nachfolgende Erklärung: Eine am Samstag, den 4. August stattgefundene Verhandlung beim Kgl. Amtsgericht, Nürnberg, in der Beleidigungssache des unorganisierten Arbeiters Gerl contra, Mößing-Polzinger gibt der Fränkischen Tagespost Nr. 181 Veranlassung die seinerzeitigen Vorgänge in den Siemens-Schudertwerken anlässlich der Maifeier als christliche Schauergerichte und Schwindel zu bezeichnen. Demgegenüber sei konstatiert:

1. Die seinerzeit in der Nürnberger Volkzeitung und dem Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes erschienenen Artikel in Bezug auf den Maifeierschwindel halten wir vollkommen aufrecht.
2. Es ist Tatsache, daß in der Fabrik das Gerücht verbreitet wurde, die Direktion habe ihren Vorschlag einer Kommission gegenüber, zurückgezogen und die Arbeiter könnten somit ohne Nachteil den ersten Mai feiern. Auch vor den Fabrikanten am Morgen des ersten Mai redete man den Leuten noch ein: „Feiert, ihr habt nichts zu verlieren“.
3. Es sind hunderte von Mitgliedern aus der sozialdemokratischen Organisation ausgetreten und haben sich teils dem christl. Metallarbeiterverband und anderen Organisationen angeschlossen mit der ausdrücklichen Motivierung: „Sie seien am 1. Mai von der sozialdemokratischen Organisation schmächtig gelöst worden.“

Die Ortsverwaltung des christl. Metallarbeiterverbandes Nürnberg, J. A.: R. Troßmann.

### Briefkasten der Redaktion.

An Herrn Heinrich Jäcker, Düsseldorf, Beamter des deutschen Metallarbeiterverbandes. Wir müssen ihnen erklären, was wir vordem ihrem Kollegen Spiegel schon oft anführen mußten. Dass der Paragraph II des Pressgesetzes nicht dazu da ist, um ein Zeitungsorgan zum Tummelplatz für alles Mögliche zu machen. Zum mindesten sollten Sie wissen, dass eine Berichtigung, welche sich auf Paragraph II des Pressgesetzes stützen soll, keine persönlich beleidigende, nicht zur Sache gehörende Ausfälle enthalten darf. Sie haben ja gegen uns den Staatsanwalt angerufen, warten wir den Verlauf der Dinge erst in aller Gemütsruhe ab. Die Berufung ihrerseits, auf den

journalistischen Anstand, dürfte vollständig deblaziert sein, da in solchen Dingen nicht der „journalistische Anstand“, sondern die Paragraphen des Pressgesetzes, die Sie angerufen haben, entscheidend sind und diese sprechen gegen Ihre eingesandte „Berichtigung“. Andererseits ist es doch ein starkes Stück, zuerst den Staatsanwalt anzurufen und dann an das gute Herz, resp. „journalistischen Anstand“ appellieren zu wollen. Für derartige Sprünge haben wir wenig Verständnis.

### Versammlungs-Kalender.

Auen.	Samstag, den 18. August, abends 8 1/2 Uhr bei Hopp-Versammlung.
Biersheim.	Sonntag, den 19. August, morgens punkt 11 Uhr im Saale des Herrn Köhnen.
Gelsenkirchen.	Montag, den 20. August, abends 8 Uhr bei Brog, Postalenstr. 32.
Gelsenkirchen-Bunke.	Freitag, den 24. August abends 8 Uhr Versammlung bei Weischede Hohenollernstraße.
Silberstein.	Sonabend, den 26. August, abends 8 1/2 Uhr Versammlung im „Braumichweiger Hof“, Scheelenstr. 31. Sonntag, den 26. August, nachmittags 3 Uhr, in der „Schönen Aussicht“ Gewerkschaftsfest.
Zahlstelle Laar.	Am Sonntag, den 19. August fällt die Versammlung aus. Dieselbe findet am Sonntag, den 26. August, morgens punkt 1/2 12 Uhr statt.
Ludwigshafen.	Samstag, den 18. August, abends 8 Uhr, im Lokal Mehr, „grünes Haus“, Mohrlachstr. 22.
Baderborn.	Dienstag, den 21. August im Vereinslokal.
Wiesbaden.	Samstag, den 25. August Versammlung in der „Stadt Weisenburg“. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Tüchtige Schleifer und Formner finden dauernde und lohnende Beschäftigung. Metall-Industrie-Schönebek A.-G., Schönebek a. G.

Tüchtige Dreher, Frasier, Hobler und Stoßer von einer großen Maschinenfabrik in München für dauernde Beschäftigung gesucht. Angebote unter Beilage von Zeugnisabschriften unter M. R. 2575 an Rudolf Mosse, München erbeten.

Achtung! Achtung! Geschäfts-Eröffnung! Unterzeichneter Kollege der Ortsgruppe Würselen eröffnet am 1. September cr in der Kaiserstraße ein Hut-, Mägen- und Zigarren-Geschäft und bittet die Kollegen, bei Bedarf in diesen Artikeln um gefällige Berücksichtigung. Mit kollegialem Gruße. Quirin Meisters. Da der Kollege infolge schwerer Krankheit seinen Beruf nicht mehr nachkommen kann, so bitten wir alle Kollegen, da derselbe Familienvater ist, bei Bedarf ihrer kranken Kollegen zu bedenken. Der Vorstand.

Unsern wackern Kollegen Ludwig Mager nebst Brant Fräul. A. Ghyser die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zu Ihrer Vermählung. Die Ortsgruppe Ludwigshafen a. R.

Nachruf! Infolge eines Unglücksfalles verschied unser treuer Kollege Jos. Rißerfeld Sein Andenken wird bei uns in Ehren bleiben. Die Kollegen der Ortsgruppe Würselen.

Nachruf. Am 31. Juli starb unser Kollege Franz Wittkämper und am 5. August Kollege Friedrich Buhne. Beide waren treue und eifrige Mitglieder unseres Verbandes. Ihr Andenken bleibt bei uns in Ehren. Die Ortsgruppe Saarn i. W.